

**Liebe Hagenerinnen,
liebe Hagener,**

schön, dass Sie das Kommunalwahlprogramm der Hager GRÜNEN aufgeschlagen haben. Hier können Sie erfahren, welche Politik wir in den kommenden fünf Jahren für unsere Stadt umsetzen wollen. Unser Programm ist keine wolkige Anhäufung utopischer Forderungen.

Von A (wie Abfallbeseitigung) bis Z (wie ZuwanderInnen) buchstabieren wir darin die Themen der Hager Kommunalpolitik durch.

In der täglichen politischen Arbeit mussten wir uns darauf einstellen, dass die Rahmenbedingungen für einschneidende politische Veränderungen immer schlechter wurden. Die kommunale Finanzkrise hat auch Hagen fest im Griff: Steuereinnahmen brechen dramatisch weg, Landesmittel fließen wegen der desolaten Haushaltslage Nordrhein-Westfalens spärlicher. Aber die Ausgaben der Stadt für Soziales, Personal und Zinsen steigen aufgrund der schlechten Wirtschaftslage und des anwachsenden Schuldenberges weiter. Zusätzliche Aufgaben, die den Städten und Gemeinden von Bund und Land zugewiesen werden, tun ein übriges dazu, denn in den seltensten Fällen werden diese neuen Aufgaben auch durch die Auftraggeber finanziert. In der Vergangenheit haben wir auf Landes- und Bundesebene dafür gekämpft, dass die Städte und Gemeinden den Teil des Steueraufkommens erhalten, der ihren Aufgaben entspricht – leider mit wenig Erfolg. So werden die städtischen Gestaltungsmöglichkeiten immer geringer.

Für die Bürgerinnen und Bürger ist dies besonders schlimm, denn gerade vor Ort wird über unser aller Lebensqualität in unserer unmittelbaren Umgebung entschieden. Und auch über die Zukunft unserer Kinder, denn der heutige Schuldenberg geht zu ihren Lasten. Soziale und ökologische Einschnitte, mit denen andere diesen Schuldenberg bekämpfen wollen, sind jedoch häufig Einsparungen am falschen Ort: Auch sie schädigen unsere Nachkommen. Hier das richtige Maß zu finden, ist Aufgabe verantwortungsvoller Politik und der Maßstab im politischen Handeln der Hager GRÜNEN.

Wir arbeiten seit Jahren daran, dass unsere Stadt Hagen auch in dieser schwierigen Lage lebens- und liebenswert bleiben kann. Wer die Hager GRÜNEN kennt, weiß auch, dass wir uns dabei konsequent von den Überzeugungen leiten lassen, für die die GRÜNEN stehen: Soziale Gerechtigkeit, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit, Transparenz und Bürgerbeteiligung für alle Einwohnerinnen und Einwohner in Hagen.

Dass dies in den kommenden fünf Jahren so bleibt, dafür steht ein tatkräftiges Team von Kandidatinnen und Kandidaten für Stadtrat und Bezirksvertretungen, dafür steht Joachim Riechel als Spitzenkandidat für die Stadtratsfraktion, und dafür stehe ich als Kandidatin für das Amt der Oberbürgermeisterin. Wir wollen uns in den kommenden fünf Jahren weiter für Sie stark machen. **Wenn Sie unser Programm überzeugt, dann machen Sie uns stark – mit Ihrer Stimme am 26. September!**

Ihre

Hildegund Kingreen





Hagen fischt im Trüben:

Mehr Transparenz ins städtische Handeln

Viele Bürgerinnen und Bürger interessieren sich erst für die Hagener Politik, wenn plötzlich in ihrer Straße Bäume gefällt werden, wenn die Gebühren für die Müllabfuhr mal wieder steigen, oder wenn im Kindergarten Personal eingespart werden soll.

Dann kommen Fragen auf: Wer hat das entschieden und warum?

Beschwert sich der oder die Betroffene dann bei der Verwaltung, heißt es meistens: Das hat der Rat beschlossen.

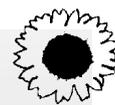
Befragt er oder sie dann Ratsmitglieder, werden die Antworten komplizierter: Mal wird mit Sparzwängen

argumentiert, mal mit dem Verweis auf rechtliche Verpflichtungen oder frühere Verfahrensschritte. Selten übernimmt jemand eindeutig die Verantwortung und sagt: Das haben wir aus diesem oder jenem Grund so entschieden!

Fast immer aber ist der Zeitpunkt, an dem Betroffene sich ins Verfahren hätten einbringen können, lange vorbei.

Das hat oft damit zu tun, dass sich kaum ein Mensch mit den komplizierten Verfahrensschritten einer Verwaltung auskennt. Zumal die es einem auch nicht einfach macht: Meist steht in kleingedruckten Verlautbarungen im Anzeigenteil der Lokalzeitungen, in welchem Büro man sich zu den begrenzten Geschäftszeiten für einen kurzen Zeitraum zum Beispiel Bebauungspläne ansehen kann. Oder man bekommt gesagt, ein bestimmtes Vorhaben habe ja als Beschlusstext öffentlich ausgehangen - irgendwo an einer Pinnwand im Bürgeramt.

- Die Hagener GRÜNEN wollen mehr Bürgerbeteiligung – besonders in der Stadtplanung.
- Die Hagener GRÜNEN setzen sich insbesondere dafür ein, Stadtteilkonferenzen oder aktive Bürgergruppen frühzeitig einzubeziehen, wenn Entscheidungen vor Ort anstehen.
- Die Hagener GRÜNEN wollen mehr innovative Instrumente der Bürgerbeteiligung, zum Beispiel Gestaltungsworkshops und Planungszellen, um neue Ideen in die Stadtentwicklung zu tragen.



Hagen mischt mit:

Mehr Bürgerbeteiligung durch direkte Demokratie

Wer in seiner Stadt wirklich mitbestimmen will und dafür nicht in Parteien und Ratsgremien mitarbeiten möchte, hat seit Kurzem neue Instrumente der direkten Demokratie zur Verfügung:

Das Bürgerbegehren, mit dem der Rat gezwungen werden kann, eine bestimmte Sachfrage nochmals aufzugreifen, um seine getroffene Entscheidung vielleicht zu ändern.

Und den Bürgerentscheid, der nach dem Scheitern eines Bürgerbegehrens dafür sorgen kann, dass ein Ratsbeschluss aufgehoben wird. Leider sind die Hürden sehr, sehr hoch: Das Anliegen des Bürgerentscheides muss von mindestens 20% der Wahlberechtigten in Hagen unterstützt werden, damit er überhaupt gültig ist. Wenn man weiß, wie erschreckend niedrig schon die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen häu-



fig ausfällt, wird klar, wie schwer es für eine ehrenamtlich arbeitende Initiative ist, auch nur die erforderlichen 20% zu einer einzelnen Sachentscheidung an die Urnen zu bekommen.

In Hagen gab es bisher erst einen Bürgerentscheid über den Verkauf des Rathausgeländes an die Betreiber der „Neuen Mitte“. Die Hagener GRÜNEN haben als einzige Partei die Bürgerinitiative unterstützt, die den Entscheid veranlasst hat. Die Initiative und wir sind in der Sachfrage unterlegen, aber immerhin ist es gelungen, über 20.000 Wahlberechtigte in Hagen gegen den Verkauf zu mobilisieren. Dieses Ergebnis hat den örtlichen Mehrheitsfraktionen trotz ihres Erfolges sehr viel Angst eingejagt: Als sich das nächste Bürgerbegehren über den seinerzeit geplanten Verkauf der HGW anbahnte – diesmal auch von der SPD unterstützt – gaben CDU und FDP klein bei und begruben das Vorhaben.

Aber Ende 2003 hat die schwarz-gelbe Ratsmehrheit die gefürchtete Bürgerbeteiligung bewusst ausgehebelt: Angeblich aus Einspargründen wurde von ih-

nen beschlossen, bei zukünftigen Bürgerentscheiden keine schriftlichen Abstimmungsbenachrichtigungen mehr zu verschicken. Die Bürgerinnen und Bürger müssen also aus der Zeitung entnehmen, dass sie zu einer Sachfrage ihre Stimme abgeben dürfen, und sich dann auch noch herausuchen, wo sie das tun können. Das erschwert die Teilnahme und wird sicher manchen weniger Interessierten daran hindern, sein Stimmrecht wahrzunehmen.

- 
- Die Hagener GRÜNEN wollen diesen skandalösen Beschluss wieder aufheben.
 - Die Hagener GRÜNEN setzen sich bei der Landesregierung dafür ein, dass es klare Durchführungsbestimmungen und eine niedrigere Beteiligungsschwelle für Bürgerentscheide gibt, um in Zukunft mehr direkte Demokratie möglich zu machen.

Hagen blickt durch:

Mehr Information für BürgerInnen – das Informationsfreiheitsgesetz

Wissen Sie, dass Sie sich nicht nur alle fünf Jahre mit dem Wahlzettel an der Hagener Politik beteiligen können? Das ist möglich – aber beschwerlich. Die Bürgerfragestunden zu Beginn jeder Rats- und Bezirksvertretungssitzung bieten ein begrenztes Forum, um von der Verwaltung und den Politikern Antworten zu bekommen. Auch die eigene Meinung als Leserbrief in der Zeitung wird aufmerksamer gelesen, als mancher glaubt.

Aber reicht das aus, um zu wissen, was in Hagen vor sich geht und die Stadt mitzugestalten?

Neuerdings haben die Hagenerinnen und Hagener noch andere Möglichkeiten – auch dank der Mitarbeit von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN in Land und Stadt:

Wer Informationen von der Stadt haben möchte, die früher nur Eingeweihten zugänglich waren, hat heute das Informationsfreiheitsgesetz des Landes NRW auf seiner Seite. Dieses Gesetz, das die Landesregierung auf Druck der GRÜNEN beschlossen hat, macht es jedem Bürger möglich, prinzipiell alle Informationen zu bekommen, die die Stadt zu einem Thema oder Vorhaben hat – natürlich nur, sofern sie nicht dem Datenschutz unterliegen. Früher fühlten die Bürgerinnen und Bürger sich oft als Bittsteller, sogar wenn sie an ihre eigenen personenbezogenen Informationen heranwollten. Das Informationsfreiheitsgesetz gewährt ihnen nun umfassenden Zugriff, und zwar nicht nur wie früher auf Informationen, die sie selbst betreffen, sondern auf alles, was in der Stadtverwaltung vorgeht.

Aber Vorsicht: Bis jetzt wurde dieses neue Landesgesetz kaum angewandt, und auch in Hagen gibt sich die Verwaltung noch sehr zugeknöpft, wenn Bürger ihr in die Karten schauen wollen. Aber das Recht auf Information besteht nun – ein Erfolg der GRÜNEN !

Hagen will´s wissen:

Mehr Kontrolle in undurchsichtigen Vorgängen

Viele Entscheidungen fallen auch unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Das ist meist kein böser Wille; hier wird nicht bewusst verschleiert, sondern es sind – meist finanzielle oder personalpolitische – Interessen Dritter berührt. Und da sagt das Gesetz sehr eindeutig, dass die gar nicht öffentlich behandelt werden dürfen.

In Hagen wird dies allerdings oft sehr eng ausgelegt: Auch wenn es um das Geld der Bürgerinnen und Bürger geht, wird allzu oft die Öffentlichkeit außen vor gelassen. Und die Verlagerung von ehemals öffentlichen Aufgaben in private Unternehmen – die dann aber mehrheitlich oder komplett doch wieder der Stadt gehören – sorgt dafür, dass zum Beispiel für die Höhe und das Zustandekommen von Gebühren nichtöffentlich tagende Aufsichts- und Verwaltungsräte zuständig sind. Alles streng nach Recht und Gesetz, aber die Bevölkerung verliert den Überblick und meist auch das Interesse.

Dadurch entziehen sich diese Strukturen auch der öffentlichen Kontrolle – Selbstbedienung, Vorteilsnahme und schlimmstenfalls Korruption können nur in diesem Klima gedeihen. Der „Fall Todt“ bei den Stadtwerken war ein Lehrstück dafür. Ob er ein Einzelfall war, darf mit Grund bezweifelt werden.

Umso wichtiger, dass hier Politikerinnen und Politiker eine wirksame Kontrolle ausüben, die unverdächtig sind, sich an Mauscheleien und Pöstchengeschacher zu beteiligen.

Die Hagener GRÜNEN haben keine Vorstandsposten oder andere Besitzstände zu verteidigen. Diese haben die großen Parteien im Proporz untereinander verteilt.

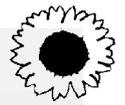
Die Hagener GRÜNEN sind unabhängig und haben einen wachen Blick auf die Verwendung öffentlicher Gelder, die der Bürgerschaft gehören.

Die Hagener GRÜNEN haben sich durch dauerndes kritisches Nachbohren bei den Mehrheitsfraktionen so unbeliebt gemacht, dass man uns aus wichtigen Aufsichts- und Verwaltungsräten herausgekegelt hat: Beim Hagener Entsorgungsbetrieb HEB und bei der Stadtentwässerung SEH sind die Hagener GRÜNEN nicht mehr vertreten, obwohl Abfall und Wasser grüne Kernthemen sind. Ebenso ist gerade hier aufgrund der überdurchschnittlich hohen Gebührenbelastung der Bürger eine besondere politische Kontrolle unverzichtbar.

Im Aufsichtsrat von Mark E waren die Hagener GRÜNEN nie vertreten, obwohl auch beim Thema Energieversorgung die grüne Stimme wichtig ist.

Wer will, dass auch hinter diesen verschlossenen Türen integrale Politikerinnen und Politiker die bürgerschaftliche Kontrolle ausüben, muss die Hagener GRÜNEN stärken.





Die Hagener GRÜNEN halten am Ziel der Geschlechtergerechtigkeit fest und fordern daher:

- mehr Beteiligungsmöglichkeiten für Frauen: Rahmenbedingungen und Klima müssen eine aktive Beteiligung von Frauen in Politik, Ehrenamt und Beruf ermöglichen. Dazu gehören u.a. bedarfsgerechte Kinderbetreuung und eine frauengerechte Stadt.
- Beratung, Qualifizierung und Hilfe: Die Angebote müssen so weit als möglich erhalten bleiben.
- Frauenförderpläne: Die Umsetzung muss energisch vorgenommen werden, vor allem in höheren Ebenen.
- Alle Entscheidungen in Politik und Verwaltung müssen auf Geschlechtergerechtigkeit in inhaltlicher und finanzieller Hinsicht geprüft werden (Gender Mainstreaming und Gender Budgeting).
- Frauengerechte Stadt: Hagen muss in Bestand und Planung auf den Prüfstand, z.B.: Sind Fußwege und Öffentlicher Personennahverkehr barrierefrei und damit kinderwagentauglich? Können kurze Wege zwischen Arbeitsplatz, Kinderbetreuung und Einkauf eingerichtet werden? Wie können Angsträume vermieden werden – Kurz: Welche Infrastruktur erleichtert Frauen die Bewältigung ihrer Aufgaben?
- Frauen in Armut: Frauen mit Kindern stellen den größten Anteil unter den Sozialhilfeempfängern, ihrer Situation muss ein besonderes Augenmerk gelten. Sie brauchen vorrangig Unterstützung bei der Kinderbetreuung und Qualifizierungen.
- Frauengesundheit: Die Hagener Grünen haben sich bereits in der Vergangenheit an Projekten zu frauenspezifischer Gesundheitspolitik beteiligt und werden die Arbeit in diesem Bereich intensivieren.
- Frauen im Alter: Ältere Frauen müssen als Zielgruppe wahrgenommen und durch entsprechende Projekte in ihrer Lebensführung unterstützt werden.

Hagens weibliche Mehrheit:

Mehr als 50%, aber nicht bei der Macht

Frauenpolitik hat von jeher einen zentralen Stellenwert bei den Grünen. Mit der Einführung der Quotierung in unserer Partei und dem Verständnis von Frauenpolitik als Querschnittsaufgabe haben wir Maßstäbe gesetzt. Doch es gibt keinen Grund, sich auf dem Erreichten auszuruhen. Frauen haben noch viel aufzuholen!

Zur Zeit wird erschreckend sichtbar, dass Frauenrechte als Luxusartikel gehandhabt werden, den man sich leistet, solange genügend Geld vorhanden ist. Frauen werden aus der Berufstätigkeit gedrängt. Vertretung und Beratung von Frauen sowie Frauenhäuser und andere Einrichtungen für Frauen in Not stehen auf den Kürzungslisten an vorderster Stelle.



Hagen gewinnt

Mit zukunftsorientierter Wirtschaftsförderung

Eine produktive Wirtschaftsentwicklung ist eine Lebensader der Stadt – das wissen auch die Hagener GRÜNEN.

In Hagen sind aufgrund des Strukturwandels viele Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe weggebrochen. Wie in anderen Städten und Regionen auch konnte dieser Stellenabbau bisher nicht annähernd durch neue Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich ausgeglichen werden. Die Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren lag konstant zwischen 11 und 13 %.

Trotz dieser Herausforderung reduzierte sich Hagener Wirtschaftsförderung in der Vergangenheit vorrangig auf das konzept- und orientierungslose Ausweisen von Gewerbeflächen, die zudem mit Steuermitteln hoch subventioniert werden. Ganz nach dem Motto: Wir stellen die Flächen, dann wird sich schon jemand darauf ansiedeln! Dass das nicht funktioniert, kann man nicht nur in Deutschlands Osten besichtigen.

Die Hagener GRÜNEN meinen:

Eine zukunftsorientierte kommunale Wirtschaftsförderung muss zunächst den heimischen Wirtschaftsstandort sichern und stärken. Sie muss vorrangig die gewachsenen kleinen und mittelständischen Betriebe unterstützen, fördern und am Ort halten.

Daneben müssen neue zukunftsrelevante Felder erschlossen und gefördert werden (z.B. Bildung, neue Medien/Technologien, Forschung, Freizeit), in denen ansiedlungswillige Unternehmen gezielt gesucht werden.

Zukunftsorientierte, sozial und ökologisch verträgliche Wirtschaftsförderung muss sich vorrangig an den folgenden Leitlinien orientieren:

- umweltgerecht produzieren und entsorgen
- ressourcenschonend wirtschaften
- solidarisch finanzieren und handeln
- sozialverträglich umverteilen
- konzeptionell entwickeln
- effektiv und effizient organisieren

Mehr als bisher müssen dabei die Fördermaßnahmen an ökologische, soziale und ökonomische Bedingungen geknüpft werden:

• Die Beratungs- und Dienstleistungen der Wirtschaftsförderung sollen sich vorrangig auf Betriebe erstrecken, die dies besonders benötigen - z.B. Existenzgründer, Ansiedlungswillige, Kleinbetriebe.

• Die ausgewiesenen Gewerbeflächen müssen vorrangig den Genannten oder auch solchen Unternehmen zur Verfügung gestellt werden, die aus raumordnungs- bzw. städtebaulichen Gesichtspunkten (z.B. Platzmangel, Expansionsnotwendigkeit, Verlagerungsnotwendigkeit) als förderfähig angesehen werden.

• Ein ressourcenschonender Flächenverbrauch muss dabei selbstverständlich sein, z.B. durch mehrgeschossige Bebauung, Vermeidung von flächenintensiven Betriebsgebäuden bei nur geringem Arbeitsplatzzuwachs und durch ein optimiertes Verhältnis von Infrastruktur zu Nutzfläche.



Die Hagener GRÜNEN schlagen zur zukunftsorientierten Wirtschaftsförderung folgende Maßnahmen vor:

- vorrangige Förderung von beschäftigungsintensiven und ausbildenden Betrieben
- Information, Koordination und Betreuung von Betrieben bei Verlagerungen, Erweiterungen und Neuansiedlungen
- Auflage und Koordination eines Risikokapitalfonds für ExistenzgründerInnen
- Initiierung und Unterstützung von Kooperationsnetzwerken von Kleinbetrieben (z.B. in Gründerzentren, Gewerbehöfen und Genossenschaften)
- Initiierung und Organisation regionaler Zusammenarbeit (z.B. Regionalkonzepte, Regionalkonferenzen, Regionalagenturen, Entwicklungsgesellschaften)
- Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe (z.B. in der Landwirtschaft, Versorgung)
- Auf- und Ausbau eines effektiven Gewerbeflächenmanagements (z.B. durch Revitalisierung, Gewerbeflächenbörse, Verdichtete Flächennutzung, Vergabe nur an "Bedürftige") auch in interkommunaler Zusammenarbeit
- Öffentliche Ausschreibung der zum Verkauf anstehenden städtischen Gewerbeflächen
- Entwicklung eines Standardverfahrens für die Vergabe von Flächen
- Auflegen eines kommunalen Förderprogrammes für regenerative Energien
- Entwicklung eines Berichtswesen und Controllings über die Aktivitäten der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung



Wirtschaftsförderung – nicht ohne Arbeitsplätze

Nachhaltige Wirtschaftsförderung ist auch Beschäftigungsförderung. Die Stadt hat ein Interesse, dass durch kommunale Wirtschaftsförderungsmaßnahmen nicht nur die Gewerbesteuer steigt. Auch neue Arbeitsplätze müssen geschaffen oder zumindest bestehende erhalten werden. Jede Förderung muss in einem angemessenen Verhältnis zum erzielten Beschäftigungseffekt stehen.

Hagen ist blank:

Notwendige Ausgabenkürzungen ja – Kaputtsparen nein!

Hagen ist im dritten Jahr ohne genehmigten Haushaltsplan. Damit steht die Stadt allerdings nicht alleine: Die meisten Großstädte in NRW und auch viele kleine Kommunen sind in dieser Lage. Das führt zur Erstellung von Haushaltssicherungskonzepten, in denen die Stadt der Kommunalaufsicht nachweisen muss, zu bestimmten Stichdaten wieder einen ausgeglichenen Haushalt zu haben. Kann sie das nicht, werden die Haushaltspläne nicht genehmigt, und alle neuen Investitionen und freiwilligen Leistungen stehen auf dem Prüfstand. Die Folge ist oft Zwangsbewirtschaftung und/oder "kreative Haushaltsgestaltung", begleitet von Leistungseinschränkungen, Personalabbau, Vermögensveräußerungen, und allerlei finanzwirtschaftlichen "Tricksereien". An der Finanzmisere der Kommunen haben jedoch bislang auch massive Aufgabenkritik, konzeptloser Personalabbau, drastische Leistungseinschränkungen, planloses und unkoordiniertes Outsourcen von kommunalen Aufgaben nichts geändert. Alle diese Maßnahmen heißen neudeutsch „Konsolidierung“.

Vor dem Hintergrund der drückenden Schuldenlasten sind Ausgabenkürzungen und Konsolidierung für die Stadt Hagen mit ihrem nicht genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzept zwingend. Die Übertragung oder der Verkauf von städtischen Vermögenswerten verhinderte ein weiteres Anwachsen des aufgehäuften Schuldenberges nicht. Beispiele für den Ausverkauf des Hagerer „Tafelsilbers“ aus den vergangenen Jahren sind der Stadtwerke-Verkauf an die Mark E, die Beteiligung der EDG Dortmund am HEB, der Kanalnetzverkauf an die SEH, die Verkäufe von Stadthaus, Rathaus und anderen Liegenschaften. Und weitere Verkäufe sind geplant. Das Kreditvolumen der Stadt ist längst ausgeschöpft und auch Finanztransaktionen und -tricks – z.B. Zins-Geschäfte („Swap-Satz“), spekulative Anlagen von Fonds-Vermögen oder gar „günstige Kommunalkredite“ bei fragwürdigen Finanziers - haben keine Besserung herbeiführen können. Der laufende Haushalt ist ebenso wie das auf Langfristigkeit angelegte Haushaltssicherungskonzept dauerhaft nicht genehmigungsfähig, die Stadt Hagen ist – wie viele andere Kommunen auch – pleite!

Als Reaktion hat die Stadt ein Konsolidierungspaket geschnürt, mit dem 57 Mio. Euro an jährlichen Ausgaben bis 2008 eingespart werden sollen. Dafür sind herbe Einschnitte nötig, um städtische Aufgaben in Zukunft mit weniger Personal und vielfach bei verminderten Standards zu erfüllen. Die Hagener GRÜNEN beteiligen sich an diesen Bemühungen. Wir prüfen jedoch jeden einzelnen dieser Spar- und Kürzungsvorschläge sorgsam und differenziert und tragen nicht automatisch alle Beschlüsse mit.

Denn die Hagener GRÜNEN meinen:

Der Kampf um den Haushaltsausgleich darf nicht zum Kaputtsparen führen und bewährte Strukturen, Qualitäten und Verantwortlichkeiten zerschlagen. Vermeintliche Einsparungen, die durch die Senkung oder den Abbau technischer, sozialer und ökologischer Standards erkaufte werden, können langfristig zu hohen Folgekosten führen.

Die Hagener GRÜNEN wollen Verwaltung, Politik und städtische Leistungserstellung und -gewährung professionalisieren und effektivieren, ohne ökologische, soziale, technische und ökonomische Standards auszuhebeln. Wir wollen die vorhandenen Ressourcen besser nutzen und auslasten, Sparpotentiale ausschöpfen und kreative Neuerungen erarbeiten.

Dafür haben wir eine Reihe von Vorschlägen, wie kommunale Leistungen finanziert, kommunale Arbeitsprozesse optimiert und Verwaltung modernisiert werden kann.

GRÜNE Vorschläge für die Verwaltungsmodernisierung

- Verschlankeung der Verwaltung (z.B. Fortsetzung des Verwaltungsreform - Prozesses)
- Optimierung der Informations-/Kommunikationsmöglichkeiten für die Politik (z.B. Ratsinformationssystem, Ausbau virtuelles Rathaus)
- verbesserte Kommunikation im „Konzern Stadt“
- Stellenbesetzung nach Qualifikation und Erfahrung
- Frauenförderung als Querschnittsaufgabe, auch bei ausgliederten Betrieben
- systematische Qualifizierung und Personalentwicklung

GRÜNE Vorschläge für die Optimierung kommunaler Arbeitsabläufe

- Auf- und Ausbau eines kommunalen Energie-Managements
- Bewirtschaftung kommunaler Liegenschaften und Gebäude (z.B. Gebäude-Management, Gewerbeflächen-Management, Parkraum-Management)
- Anwendung von Wirtschaftlichkeits-/Nutzwertanalysen und Folgekostenabschätzungen bei kommunalen Maßnahmen, Beteiligungen und Investitionen
- Begleitung und Begutachtung kommunaler Großbauvorhaben durch unabhängige Prüf-/Controllingstellen
- Auf- und Ausbau eines kommunalen strategischen und operativen Beteiligungs-controllings
- Auf- und Ausbau eines kommunalen Boden- und Gebäudemanagements
- optimierte Energiebewirtschaftung in kommunalen Gebäuden
- Auf- und Ausbau eines kommunalen Parkraumbewirtschaftungskonzeptes
- Auf- und Ausbau einer aussagefähigen Kostenrechnung und eines funktionsfähigen Controllings

GRÜNE Vorschläge für die Finanzierung städtischer Leistungen

- Nachhaltige Bewirtschaftung städtischen Vermögens (z.B. Vorrang von Übertragung oder Verpachtung/Vermietung vor Verkauf von Liegenschaften und Immobilien)
- Verzicht auf risikobehaftete Finanzierungsmöglichkeiten (z.B. Swap-Satz Geschäfte, Cross-border-leasing)
- Förderung von Selbsthilfe und Bürgerengagement durch organisatorische und finanzielle Unterstützung
- Erschließung neuer Finanzierungsmöglichkeiten (z.B. Bürgerfonds, Kommunalobligationen, Bürgerspendsen, Bürgerpatenschaften)
- systematisches Fördermittelmanagement (z.B. EU, Bund, Land, andere)
- Kooperationen mit anderen Kommunen und Privaten (z.B. Public-public partnership, public-private partnership)

Hagen hat's nicht im Griff:

Privatisierung ist kein Allheilmittel

Die Stadt Hagen hat in den letzten Jahren zahlreiche kommunale Aufgaben in Eigenbetriebe oder privatrechtliche Gesellschaften ausgegliedert. Das Ziel war eine Verschlankeung der Verwaltung und eine wirtschaftlichere Betriebsführung. Durch die Auslagerung der bislang in kommunaler Regie erfüllten Aufgaben (z.B. Energie, Verkehr, Abfall, Abwasser) in eigenständige Gesellschaften wurden jedoch bürgerrelevante Bereiche der direkten politischen Kontrolle entzogen.

Entscheidungen dieser ausgelagerten Betriebe und deren Kostenkalkulationen sind für die Öffentlichkeit und jeden Gebührenzahler immer weniger transparent und nachvollziehbar. Durch die in den Satzungen dieser Gesellschaften normierte Struktur, Gestaltung und Besetzung der Entscheidungs-, Kontroll- und Aufsichtsgremien werden gewählte politische Vertreter systematisch ausgegrenzt. Das betrifft ganz besonders die VertreterInnen der kleinen Fraktionen. An die Stelle der durch die BürgerInnen legitimierten und

der Gemeindeordnung verpflichteten Räte treten die lediglich von Kapitaleignern bestimmten, allein dem Gesellschaftsrecht verpflichteten Vorstände und Aufsichtsräte.

Die Hagener GRÜNEN fordern deshalb:

- Ein mehrheitlich kommunaler Einfluss muss unter Einbeziehung aller Ratsfraktionen in den ausgelagerten Betrieben/ Gesellschaften gesichert werden (z.B. durch Satzung, Kapitaleinlage, Vorsitz in Gesellschaftsgremien).
- Es muss ein standardisiertes Verfahren für die Besetzung von Vorstands- und Gesellschaftsgremien geben.
- Es muss eine unabhängige Prüf- und Revisionsinstanz mit zentralem Berichtswesen auf- und ausgebaut werden.
- Die mehrheitlich kommunal dominierten Betriebe müssen auf die ökologischen, sozialen und ökonomischen Standards der Kommune verpflichtet werden.
- Im „Konzern Stadt“ muss ein Kooperationsnetz zwischen den Unternehmen geschaffen werden (z.B. hinsichtlich Kommunikation, Energie, Wasser, Gebäudewirtschaftung).



Hagen geht stempeln:

Verwaltung gehört den Bürgern – nicht den Parteien!

Hagen ist eine Großstadt. Das spiegelt sich auch in der Größe seiner Stadtverwaltung wider. Über 3000 Menschen arbeiten hier. Nimmt man die ausgegliederten Betriebe – wie Stadtentwässerung, Entsorgungsbetrieb oder Gebäudewirtschaft – hinzu, liegt die Zahl noch höher.

Diese städtischen Arbeiter, Angestellten und Beamten verwalten sich nicht nur selbst, sondern stellen den Hagenerinnen und Hagenern viele wichtige Leistungen der Daseinsvorsorge zur Verfügung – und dies seit einigen Jahren auch zunehmend bürgernah, wie die gut funktionierenden Bürgerämter beweisen.

Trotzdem: Nicht überall arbeitet die Verwaltung effizient. Die Aufsichtsbehörde des Landes kritisiert seit Jahren, dass Hagen pro Kopf seiner Einwohnerinnen und Einwohner zu viele Verwaltungskräfte beschäftigt.

Die Struktur der Ämter und ihre Zuordnung zu den Dezernaten ist vielfach verworren und folgt oft eher politischen als praktischen Anforderungen.

Nicht zuletzt der Regierungswechsel zu schwarz-gelb im Jahr 1999 hat zu einem unseligen Karussell an der Verwaltungsspitze geführt, bei dem ohne Rücksicht auf fachliche Kompetenz die ungeliebten SPD-Spitzenbeamten durch eigene Parteimitglieder ersetzt wurden. Hier hat die CDU ihr Wahlversprechen, bei der Besetzung von Verwaltungspositionen nicht nach Parteibuch vorzugehen, deutlich gebrochen.

Aber auch der Versuch, Verwaltungsstrukturen zu reformieren, ist gründlich steckengeblieben: Schon die Ansätze in den 90er Jahren, mit denen Verwaltung effektiver und „schlanker“ werden sollte, betrieb die damalige SPD-Stadtführung nur lustlos. CDU und FDP haben diese Strukturreformen jedoch komplett beendet. Denn wer im Grunde nicht an die Notwendigkeit eines funktionierenden öffentlichen Sektors glaubt, ist auch nicht an Qualitätssicherung für die Bürger interessiert.

Die Folge: Verwaltungsreform wird nur noch vom Sparzwang diktiert. Strukturen sollen nicht gestrafft und verbessert, sondern zusammengekürzt werden – zum Schaden der Versorgungssicherheit der Hagener Bevölkerung mit öffentlichen Dienstleistungen.

Und die Verwaltung, mehr von Existenzängsten als von Reformeifer angetrieben, igelt sich ein und boykottiert sinnvolle ebenso wie unsinnige Sparvorhaben.

Dabei war Hagen einmal führend in der modellhaften Entwicklung moderner Verwaltungssteuerung. Nur an der Umsetzung der Reformvorschläge war keine bisherige Stadtführung ernsthaft interessiert.

- Die Hagener GRÜNEN wollen zurück zu ernsthaften Verwaltungsreformbemühungen, die nicht nur unter dem Diktat immer neuer Haushaltslöcher betrachtet werden.
- Die Hagener GRÜNEN sehen die Notwendigkeit, auch bei der Stadt Personal einzusparen, stehen aber zu dem erklärten Vorsatz aller Fraktionen, dies über natürliche Fluktuation und nicht im Wege betriebsbedingter Kündigungen zu erreichen.
- Die Hagener GRÜNEN wollen, dass Führungspositionen in der Verwaltung nach fachlicher Eignung und nicht nach Parteienproporz besetzt werden.



Hagen will grün bleiben:

Naturschutz hat Vorfahrt

Natur bewahren, Umwelt schützen – diese Ziele streben die GRÜNEN seit ihrer Gründung an. Wir wollen Lobby und Anwalt für Naturschutz sein: Damit auch unsere Kinder noch naturnahe Lebensbedingungen vorfinden!

Wo Menschen leben, greifen sie in die Natur ein. Das ist unvermeidlich. Bei den vielfältigen Nutzungsansprüchen fällt es oft schwer, Konflikte zugunsten der Erhaltung von Natur zu entscheiden, wenn kein unmittelbarer Nutzen für den Menschen offensichtlich scheint. Deshalb braucht Naturschutz verstärkte Öffentlichkeitsarbeit: Nur wenn die Menschen verstehen, warum es in ihrem Interesse ist, auf einzelne kurzfristig gewinnversprechende Maßnahmen auch einmal zu verzichten, werden sie den Naturschutz mittragen.



Die Stadt Hagen hat als eines der wichtigsten Instrumente des Natur- und Landschaftsschutzes in Hagen einen Landschaftsplan beschlossen. Die Hagener GRÜNEN werden darauf achten, dass bei der anstehenden Neuauflistung des Flächennutzungsplanes dieser Landschaftsplan als wichtige Grundlage beachtet wird.

Neben dem Landschaftsplan streben die

Hagener GRÜNEN die Entwicklung eines Landschaftskonzeptes an, das als Grundgerüst von Natur und Landschaft in Hagen alle Aspekte des Natur- und Landschaftsschutzes im gesamten Stadtgebiet darstellt. Damit soll die Biotopvernetzung gewährleistet und der Flächenverbrauch reduziert werden.

Die Hagener GRÜNEN sehen einige wichtige Naturschutzprobleme in den nächsten Jahren, darunter die folgenden:

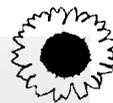
1. Der Dolomitsteinbruch soll erweitert und der Abbau in das bestehende Naturschutzgebiet vorangetrieben werden. Diese Kalkbuchenwälder bei Hohenlimburg wurden aber auch als EU-Schutzgebiet auf der Grundlage der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH) gemeldet. Ein massiver Eingriff in einen der hochwertigsten Bereiche des Stadtgebietes droht, und die Entscheidung für die Natur ist für uns klar. Die Befürworter des Abbaus argumentieren aber durchaus zu Recht mit dem Erhalt von Arbeitsplätzen. Die Hagener GRÜNEN wollen daher eine öffentliche Debatte führen, um die Auswirkungen des weiteren Abbaus deutlich zu machen. Dabei wollen wir versuchen, nicht in dem klassischen Konflikt „Naturschutz gegen Arbeitsplätze“ steckenzubleiben, sondern die jeweiligen Konsequenzen für beide Seiten aufzeigen und eine sachgerechte Lösung zu finden.

2. Zum Anschluss neuer und bestehender Gewerbegebiete im Lennetal an die Autobahn ist ein Autobahnanschluss von der Hammacher Str. an die A 46 geplant. Rechtliche Vorgaben über den Abstand des neuen Anschlusses zu den bestehenden Ausfahrten haben dazu geführt, dass die neue Auffahrt mitten im Landschaftsschutzgebiet geplant ist. Das bedeutet eine Zerstörung hochwertiger Biotope und ist aus Sicht der Hagener GRÜNEN weder ökologisch noch vom Landschaftsbild her vertretbar.

3. Hagen verfügt als Großstadt über einen sehr hohen Waldanteil. Aber in der Innenstadt kreist die Säge: CDU und FDP haben die Baumschutzsatzung ausgehebelt. Nicht nur Privatgärten werden unkontrolliert ausgelichtet. Auch im öffentlichen Raum sind reichlich Bäume abgeholzt worden, besonders viele als Folge der „Neuen Mitte“. Das Grünflächenamt rodet zudem Hecken und anderes Straßenbegleitgrün, um sie aus Ersparnisgründen durch Grasflächen zu ersetzen.

Die Hagener GRÜNEN finden das gerade angesichts der katastrophalen Luftwerte in Hagen sträflich und fordern deshalb:

- Die ursprüngliche Baumschutzsatzung muss wieder in Kraft treten.
- Möglichst viel hochwertiges Grün soll im öffentlichen Raum dauerhaft angelegt und erhalten werden.



Hagen wird nachhaltig:

Agenda 21 - Zukunftsmusik oder Sackgasse?

„Global denken – Lokal handeln“, diese Devise ist seit der Internationalen Umwelt- und Entwicklungskonferenz von Rio im Jahr 1992 in aller Munde. Die dort beschlossene „Agenda 21“ soll weltweit für eine zukunftsfähige Politik sorgen – gerade auch vor Ort. Denn in der Kommune werden wichtige Weichen gestellt:

- Wie erhalten wir wirtschaftliche, soziale und Umweltstandards auch für kommende Generationen?
- Wie wohnen und arbeiten wir jetzt und in Zukunft?
- Welche Infrastruktur, z.B. soziale Versorgung, Erziehungseinrichtungen, Verkehrswege und -mittel, stehen uns dafür zur Verfügung?

Rio wollte weg vom Kirchturmdenken und von kurzfristiger Politik, die nur von einer Wahl zur nächsten denkt. „Nachhaltige Entwicklung“ ist der Begriff dafür.

Was Nachhaltigkeit für Hagen bedeutet, kann nicht von oben verordnet werden. Alle Hagener Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, diesen Begriff vor Ort mit Leben zu füllen. Dazu muss die Stadt geeignete Beteiligungsmöglichkeiten bereitstellen und den Arbeitsprozess moderieren.

In Hagen wurde dazu Anfang 1997 der „Beirat zur Lokalen Agenda 21“ gegründet, in dem Mitglieder aus Politik, Sozi-

al- und Umweltverbänden und anderen wichtigen Institutionen erarbeiten sollten, was das für unsere Stadt bedeutet. Dieser Agenda-Beirat hat 2002 in einer Broschüre Leitbilder, Ziele und Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung in Hagen vorgestellt. Besonders die Indikatoren sollten die Messlatte sein für den Stand der zukunftsfähigen Entwicklung in Hagen. Damit liefern sie Beurteilungskriterien, inwieweit Entscheidungen der Stadt Auswirkungen für die Zukunft haben. Das ist gerade in den sozialen und ökologischen Bereichen ganz entscheidend, denn diese Aspekte werden in der Stadtentwicklung oft massiv vernachlässigt.

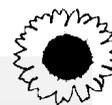
Diese Selbstbindung ging der politischen Mehrheit jedoch viel zu weit: Denn wer sich jedes Mal fragen muss, welche Wirkung eine Entscheidung oder ein Vorhaben im Rahmen einer definierten Gesamtzielsetzung für unsere Stadt hat, kann ja nicht weiterhin wahllos Investorenwünsche bedienen und schiebchenweise die Landschaft zubauen. Dieses Risiko war CDU und FDP denn doch zu groß. Sie versagten den in fünf Jahren erarbeiteten Vorschlägen des Agenda-Beirats ihre Zustimmung und ließen damit den gesamen

Prozess vor die Wand fahren. Die beteiligten BürgerInnen und ExpertInnen im Beirat wurden öffentlich brüskiert und eine große Chance für Hagen sehenden Auges vertan!



Die Hagener GRÜNEN wollen die Leitgedanken der Agenda 21 in Hagen wieder zum Leben erwecken. Unsere Politik richtet sich konsequent an dem Kriterium der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit aus - damit auch die nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Stadt vorfinden! Es ist überfällig, dass alle Entscheidungen in unserer Stadt von diesen Maximen geleitet werden. Auch wenn eine Mehrheit im Stadtrat die Beteiligung interessierter Hagenerinnen und Hagener an diesem Prozess bewusst ausbremst – die Hagener GRÜNEN ermuntern weiterhin die Bürgerschaft, an der Agenda 21 für Hagen mitzuarbeiten.





Hagen sonnt sich:

Energiewende mit Wasser, Wind und Sonne

Auch die Stadt Hagen hat sich vor Jahren in wohlklingenden Beschlüssen zur Verminderung von Treibhausgasen verpflichtet. Bis 2010 sollten die Klimakiller um die Hälfte reduziert werden. Geschehen ist nicht viel. Alle Erfolge, die in den vergangenen 10 Jahren erreicht wurden, sind durch die anwachsenden Emissionen des Verkehrs aufgezehrt worden.

Höchste Zeit also, dass auch in Hagen die fossilen Brennstoffe Kohle, Öl und Gas vermehrt durch regenerative Energien wie Sonne, Wind und Wasser ersetzt werden. Auch Maßnahmen zur Energieeinsparung und Wärmedämmung sind das Gebot der Stunde.

Zwar gibt es gute Ansätze: Die Busse der Hagener Straßenbahn fahren mit Rapsöl, und einige Privathäuser und Firmengebäude haben Solardächer. Die Umrüstung auf Solarenergie und die energiesparende Sanierung von Altbauten wurden durch die Hagener Stadtwerke vorbildlich gefördert, zumindest bis zur Übernahme durch die Mark E.

Aber der Wind dreht sich: Die Stadt hat bei den Großbauprojekten der vergangenen Jahre konsequent auf alternative Energien verzichtet, und nicht einmal

effektive Blockheizkraftwerke, die sich rasch rechnen, waren durchsetzbar.

Schlimmer: Noch Ende 2003 haben CDU und FDP im Rat aus fadenscheinigen Gründen verhindert, dass private Investoren auf öffentlichen Gebäuden Solaranlagen betreiben dürfen.

Der wichtigste Schritt in der nahen Zukunft ist jedoch die Neuverhandlung des Kooperationsvertrages zwischen der Stadt und der Mark E in diesem Jahr. In diesem Vertrag werden Klimaschutzmaßnahmen und Förderprogramme für regenerative Energien konkret festgeschrieben. Zur Zeit erweckt die Mark E den Eindruck, dass sie von dem zukunftsfähigen Förderungspaket der ehemaligen Stadtwerke wieder abrückt. Das wollen wir verhindern!



Die Hagener GRÜNEN fordern:

- Einsatz und Förderung von umweltfreundlichen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, insbesondere bei Neubaugebieten bzw. Altbausanierungen
- Verbesserte Vergütung für die Einspeisung von Strom aus Kraft-Wärme-Koppelung
- Förderung thermischer Solaranlagen
- Kostendeckende Vergütung für Strom aus erneuerbaren Energien (Sonne, Wasser, Wind)
- Versorgung kommunaler Liegenschaften mit Ökostrom bei gleichzeitiger Umsetzung von Energiesparmaßnahmen
- Zentrales Energiedienstleistungskonzept für die städtischen Liegenschaften
- Umstellung auf verbrauchs- und leistungssparende Tarife
- Beratung von Mietern und Hauseigentümern in Zusammenarbeit mit dem örtlichen Handwerk
- Aufklärung über Förderprogramme und Unterstützung durch technologische Expertisen
- Förderung einer energiesparenden Bauweise bei Neubauten und Altbausanierungen
- Fortsetzung der Förderprogramme der Altbausanierung.

Hagen heizt ein:

Mark E als Energiedienstleister

Die kommunalen Stadtwerke wurden an die Mark E verkauft. Der unter dem Dach der Stadtwerke geführte öffentliche Personennahverkehr und der Betrieb der Schwimmbäder werden als "Restbestand" in der Hagener Versorgungsgesellschaft weitergeführt.

Mark E hat jetzt als regionaler Versorger eine wichtige Funktion in der Stadt:

- Sie ist Arbeitgeber und Steuerzahler.
- Sie verkauft Gas, Strom und Wasser.
- Sie zahlt eine Konzessionsabgabe an die Stadt Hagen.

Die Hagener GRÜNEN wollen, dass die Mark E als selbständiges regionales Versorgungsunternehmen weiterbesteht. Wir lehnen alle Versuche ab, die örtlichen Strukturen an einen der großen Energiekonzerne weiterzuverkaufen.



Um als regionales Unternehmen am Markt bestehen zu können, muss Mark E in Zukunft Dienstleistungen der verschiedensten Art anbieten. Sowohl Betriebe als auch Privatkunden wollen heute nicht nur die pure Lieferung von Strom, Gas und Wasser. Sie konsumieren Prozesswärme, Raumwärme, Kühlung, Licht und viele andere Dienstleistungen. Hier liegen Marktchancen auch für einen nicht mehr allein in kommunaler Hand liegenden Versorger. Dafür ist bei der Mark E zweifelsohne ein Bewusstseinswandel notwendig. Neue Dienstleistungsangebote müssen entwickelt werden.

Hagen holt Luft:

Klimaschutz und Luftverschmutzung

Hagen hat im Innenstadtbereich – vor allem am Märkischen Ring, der Wehringhauser Straße und dem Graf-von-Galen-Ring - die schlechtesten Luftwerte in ganz Nordrhein-Westfalen. Die Grenzwerte für Stickoxide und Feinstaub sind in den Spitzenzeiten derart überschritten, dass eine deutliche Gesundheitsbelastung für die Anwohnerschaft und insbesondere für Kinder besteht. Dieser Zustand herrscht seit Jahren und verschärft sich noch, da der Autoverkehr sich in der Innenstadt noch steigern wird. Das Thema ist mittlerweile gut erforscht, denn Hagen ist gerade wegen seiner schlechten Luft „Modellstadt“ für die Planung von Klimaschutzmaßnahmen.

Das Problem ist also erkannt. Was hat man dagegen unternommen?

- Schon 1991 hat sich die Stadt in einem Ratsbeschluss zur Verminderung des CO₂-Ausstoßes verpflichtet. Das Reduktionsziel: 50% weniger bis 2010! Geschehen ist nichts! Die Werte steigen weiter.

- Im Jahr 2000 hat der Rat eine Vorlage zum Emissionsschutz verabschiedet. Die darin enthaltenen Maßnahmen sind bis heute nicht abgearbeitet. Die Vorlage diente nur dazu, die in der gleichen Ratssitzung verabschiedeten Großbauprojekte in der Neuen Mitte und am Bahnhof gerichtsfest zu machen. Denn die darin enthaltene Steigerung an Parkplätzen zieht noch mehr Verkehr auf den Ring. Dagegen brauchte die Mehrheit aus CDU, FDP und SPD ein erkennbares

Lippenbekenntnis. Geschehen ist nichts! Die Werte steigen weiter.

- Erst in den vergangenen zwei Jahren wurde eine der vorgeschlagenen Emissionsschutzmaßnahmen bis zur Umsetzungsreife ausgearbeitet: Das LKW-Routenkonzept soll zumindest den besonders schädlichen Schwerlastverkehr aus der Innenstadt heraushalten. Auch dieses Vorhaben liegt allerdings auf Eis, denn die Ratsmehrheit besteht darauf, dass die Kosten dieser zum Gesundheitsschutz der Bevölkerung dringend nötigen Maßnahme nicht einmal teilweise von der Stadt zu erbringen sind. Solange keine Fördergelder fließen, geschieht nichts! Die Werte steigen weiter.

- Nicht die selbst gefassten Beschlüsse, sondern erst die Verpflichtung durch die EU, in besonders belasteten Städten Luftreinhaltepläne zu erstellen, treibt die Stadt Hagen jetzt zum Handeln. Bis Oktober soll ein solcher Plan für den Innenstadtbereich vorliegen. Bis der dann jedoch finanziert und umgesetzt wird – schätzungsweise 2008 -, geschieht nichts! Die Werte werden weiter steigen.

Die Hagener GRÜNEN fordern ein Ende dieser Untätigkeit und werden das Thema immer wieder auf die Tagesordnung bringen. Gleichgültigkeit beim Klimaschutz ist kein Kavaliersdelikt, sondern Ignoranz gegenüber einer wichtigen Zukunftsfrage. Die CO₂-Werte müssen runter! Dafür muss Energie eingespart und motorisierter Verkehr verringert werden.

Dafür streben die Hagener GRÜNEN an,

- dass der Autoverkehr in der City deutlich verringert wird, insbesondere im Schwerlastbereich, z.B. durch das LKW-Routenkonzept und einen deutlich verbesserten ÖPNV
- dass erneuerbare Energien konsequent weiter gefördert werden, z.B. durch kostendeckende Einspeisevergütung für alternativ erzeugten Strom
- dass die fossilen Energien effektiver genutzt werden, z.B. durch Kraft-Wärme-Kopplung in neuen Baugebieten und bei industriellen Prozessen
- dass bei Neubauten Niedrigenergiestandards eingehalten werden, und verstärkt Altbauten energietechnisch saniert und wärmedämmend werden.

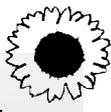


Hagen hat nasse Füße:

Mehr Hochwasserschutz

Die Hochwasserereignisse in der Vergangenheit haben gezeigt, dass auch in Hagen dringender Handlungsbedarf besteht. Die Baupolitik vergangener Jahre hat wie überall in Deutschland auch in Hagen dazu geführt, dass Wohn- und Gewerbegebiete zu nah an Fließgewässern errichtet wurden – ohne Rücksicht auf den Hochwasserschutz. An größeren Flüssen sind regelmäßige Hochwasserschäden die Folge, aber auch kleinere Gewässer wie in Hagen bergen diese Gefahren. Die Hagener GRÜNEN haben immer darauf gepocht, dass Hochwasserfreiräume erhalten bleiben:

- Wir haben z.B. eine Bebauung des Marklandes im Hochwasserschutzbereich in Dahl verhindern können.
- Wir haben aber auch Einspruch erhoben, wo man es mit dem Hochwasserschutz zu gut meinte: Am Holthauer Bach konnten wir bislang erfolgreich den Widerstand der Anwohner gegen einen Dammbau unterstützen, der das landschaftlich reizvolle Bachtal zerstört hätte.



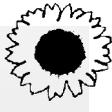
Die Hagener GRÜNEN werden deshalb darauf achten, dass bei der Aufstellung von Bebauungsplänen im Stadtgebiet der Hochwasserschutz ausreichend berücksichtigt wird. Wirtschaftliche Interessen müssen hier nachrangig sein !



Hagen ist im Fluss:

Volme, Ennepe, Lenne und Ruhr müssen naturnah werden

Die vier Flüsse im Hagener Stadtgebiet sind in der Vergangenheit stiefmütterlich behandelt worden: Begradigt, in künstliche Flussbetten gezwängt und hinter Industrieanlagen verborgen bieten sie an vielen Stellen ein trauriges Bild. Helfen kann hier nur die ökologische Renaturierung, wie sie an einem kleinen Teilstück der Volme jetzt zaghaft begonnen wird.



Die Hagener GRÜNEN meinen:
Das ist nicht genug!

- Wo Flussabschnitte in der Vergangenheit durch Baumaßnahmen verlegt und künstlich eingeeengt worden sind, werden wir uns nach Kräften dafür stark machen, dass die Gewässer wieder in ihrem natürlichen Bett fließen dürfen. Davon soll nicht nur die Natur profitieren, sondern vor allem auch jeder einzelne Bürger, der dann das Gewässer wieder erleben kann!
- In der Innenstadtentwicklung wollen wir eine konsequente Öffnung der Volme und die durchgängige Möglichkeit schaffen, zu Fuß oder mit dem Rad am Fluss vom Arbeitsamt bis ins Eilper Zentrum zu gelangen.

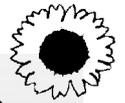
Hagen hat Durst:

Trinkwasserversorgung auf hohem Niveau

Wasser ist unser höchstes schützenswertes Gut, weil es lebensnotwendig ist. Diese Tatsache stellt einerseits hohe Anforderungen an die Wasserqualität von Oberflächen- und Grundwasser, weckt aber gleichzeitig auch Begehrlichkeiten auf dem freien Markt, der die Wasserversorgung der Zukunft unter kommerziellen Gesichtspunkten vermarkten will. Damit auch zukünftige Generationen noch ausreichende Mengen an sauberem Trinkwasser zu Verfügung haben können, setzen sich Bündnis 90 / DIE GRÜNEN auf allen Ebenen für die Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte ein.

In der Stadt Hagen ist die Trinkwasserversorgung von den ehemaligen Stadtwerken durch Verkauf in die Hände der Mark E übergegangen. Damit verbunden

ist jetzt auch die Hasper Talsperre als Trinkwassertalsperre der Stadt Hagen im Besitz der Mark E. Diese Talsperre hat eine immense Bedeutung im Hinblick auf die eigenständige Versorgungsmöglichkeit im Stadtgebiet Hagen.



- Die Hagener GRÜNEN wollen deshalb, dass die Hasper Talsperre in ihrer Funktion als Trinkwassertalsperre erhalten bleibt!
- Die Hagener GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass unser sauberes Hasper Talsperrenwasser die Hagener Bürger auch wieder täglich in großen Mengen erreicht!

Die Hagener GRÜNEN lehnen es ab, dass unser Trinkwasser in Hagen aus Profitgründen ausschließlich aus der Ruhr entnommen wird, während das Rohwasser von höchster Qualität in der Hasper Talsperre ungenutzt nur für Notzeiten vorgehalten wird!

Hagen zahlt drauf:

Müll ist eine teure Sache

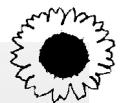
Auch HagenerInnen vermeiden Müll, sortieren, kompostieren und sollten für ihr umweltbewusstes Verhalten gerechterweise geringere Müllgebühren erwarten dürfen. Tatsächlich steigen aber trotzdem die Müllgebühren weiter an. Der im Privathaushalt so sorgsam gespülte Joghurtbecher gerät über den „Gelben Sack“ auch nicht immer in die eigentlich beabsichtigte Wiederverwertung.

Abfall ist zum Wirtschaftsgut geworden. Unser Wohlstandsmüll wird quer durch die Republik transportiert, damit die überdimensionierten Müllverbrennungsanlagen (MVA) ausgelastet werden. Deswegen ist der Hagener Entsorgungsbetrieb (HEB) an größeren Müllmengen interessiert und schließt mit Großanbietern Müllabnahmeverträge. Dadurch zahlen diese „Anlieferer“ deutlich geringere Gebühren für die Verbrennung als die Hagener Bevölkerung.

Dieses Missverhältnis haben die Hagener GRÜNEN schon beim Bau der MVA kommen sehen: Für umweltgerechtes Handeln – Mülltrennung und Müllvermeidung – werden die Gebührenzahler auch noch bestraft.

Aus dieser Falle kommt man leider heute nicht mehr heraus – ein Ausstieg aus der „Entsorgung“ durch Müllverbrennung ist in Hagen nicht wirtschaftlich darstellbar.

Was die Hagener GRÜNEN trotzdem für unerlässlich halten:



- Die MVA muss zu ihrer Auslastung kostendeckende Preise von den Anlieferern verlangen.
- Die MVA muss mehrheitlich in der Hand des Gesellschafters „Stadt Hagen“ bleiben.
- Weitere Beteiligung Dritter an den Eigentumsverhältnissen der MVA muss ausgeschlossen sein.

Denn: nur eine Anlage, die den BürgerInnen gehört, garantiert Entsorgungssicherheit in den kommenden Jahren und politischen Einfluss auf die Abfallgebühren.

Müll vermeiden ist trotzdem sinnvoll

Auch wenn in Hagen die Ausgangsbedingungen ungünstig sind: Müll vermeiden ist eine Investition in die Zukunft. Denn der Verzicht auf überflüssige und aufwändige Verpackungen spart Energie und Rohstoffe. Das gilt ebenso für Recycling von Verpackungsmaterialien und ausgedienten Produkten. Die Hagener GRÜNEN meinen: Bewusste VerbraucherInnen müssen Anreize dazu erhalten und keine „Strafgebühren“!



Hagen speckt ab :

Flächenschonung statt Flächenfraß

Hagen ist immer noch eine Stadt im Grünen: 41,8 % der Fläche besteht aus Wald und weitere 20,3% aus landwirtschaftlich genutzten Flächen. Trotzdem schreitet auch in Hagen trotz perspektivisch sinkender Bevölkerungszahl die Zersiedelung weiter voran.

Grund dafür sind die politischen Vorgaben von CDU, FDP und SPD, die eine „angebotsorientierte“ Flächenpolitik betreiben. Das bedeutet: Flächen für Wohn- und Gewerbegebiete sollen in großem Stil ausgewiesen und erschlossen werden. Investoren picken sich dann die Filetstücke heraus; was übrigbleibt, ist zwar ungenutzt, aber vorsorglich versiegelt.

Oder man siedelt auf hochsubventionierten Gewerbeflächen Nutzungen an, die auch anderswo im Stadt-

gebiet zu normalen Marktbedingungen Platz fänden, so wie jüngst im Gewerbegebiet Kückelhausen.

Die Ausweisung riesiger Flächen für Wohnbebauung oder neue Gewerbe-Erschließungen in Haßley oder Garenfeld sehen die Hagener GRÜNEN kritisch. Weder für Wohnbebauung noch Gewerbeansiedlung ist ein Bedarf nachweisbar, der es rechtfertigen würde, einen Großteil der Vorratsflächen für kommende Generationen schon heute zu erschließen.

Hagens Einwohnerzahl sinkt dauerhaft. Viele Häuser und Wohnungen stehen schon leer. Trotzdem wird nicht der Bestand saniert, sondern man setzt darauf, immer neue Wohngebiete zu errichten.

Die Hagener GRÜNEN lehnen diese Politik ab. Wir meinen:

- Die bauliche Entwicklung muss vorrangig im Innenbereich erfolgen (Wiedernutzung, bessere Ausnutzung, Umnutzung). Wir streben eine Verschiebung von 1/4 Außen- zu 3/4 Innenentwicklung an. Die geeigneten Instrumente dafür sind z. B. Bodenmanagement, engere Verzahnung einzelner Nutzungen, bauliche Verdichtung durch Revitalisierung von Brachflächen, Stadterneuerungsprogramme, Qualitätsziele für die Stadtteile.
- Auch der neue Flächennutzungsplan muss diesen Vorrang der Innenentwicklung als Planungsziel widerspiegeln.
- Wertvolle ökologische Flächen müssen konsequent geschützt werden, gerade in



Grün bricht durch!

einer Stadt, die noch viele davon hat!

- Die Grundstruktur der Landschaft sollte durch die gezielte Vernetzung der Biotope in Hagen als „Landschaftsgerüst“ erhalten werden.
- Auch die landwirtschaftlichen Nutzflächen müssen erhalten werden. Dabei streben die Hagener GRÜNEN insbesondere die Ausweitung und Förderung der ökologischen Land- und Forstwirtschaft an. Wo Landwirtschaft allein nicht rentabel ist, sollten die Landwirte verstärkt für die Landschaftspflege zuständig sein.
- Auch zukünftige Generationen müssen noch entwicklungsfähige Flächen vorfinden. Nicht alles muss heute schon erschlossen werden, wenn der Bedarf dafür nicht gegeben ist.



Hagen macht Platz:

Flächen kann man auch recyceln

Viele Flächen sind in den vergangenen Jahrzehnten brach gefallen, so in Haspe, Eckesey, Vorhalle oder Hohenlimburg.

Problematisch ist an diesen Stellen oft die Nachfolgenutzung. In den seltensten Fällen erfolgt hier eine hochwertige Reaktivierung, stattdessen finden wir hier großflächigen Einzelhandel (in der Regel Baumärkte) oder Nischennutzungen (Schrottplätze) vor.

Für diese Bereiche ist ein systematisches "Flächenrecycling" oberstes Gebot!

Hagen hat Zukunft:

Stadtentwicklung muss auch an morgen denken

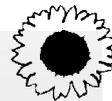
Angesichts immer knapper werdender öffentlicher Mittel bestimmen zunehmend private Investoren die Richtung der Stadtentwicklung. Politische Entscheidungen werden immer häufiger geprägt von den Wünschen einzelner potenter Geldgeber. Diese stehen nicht zwangsläufig im Einklang mit dem Wohl der Allgemeinheit und tragen den Bedürfnissen der Bewohner dieser Stadt oft gar nicht oder nur unzureichend Rechnung. Insbesondere bei Bauvorhaben und Eingriffen in Natur und Landschaft steht meist nur der momentane Nutzen im Vordergrund, nicht die Frage, ob das ganze zur Entwicklung der Gesamtstadt passt – und schon gar nicht, welche Bau- und Planungsruinen man unseren Nachkommen hinterlässt.

Die Hagener GRÜNEN meinen:

Das Leitbild dieser Stadt sollte sowohl geprägt sein von dem Ziel einer kompakten Stadt mit einem geschlossenen und attraktiven Innenstadtbild, als auch von gut entwickelten Nebenzentren mit hoher Wohnqualität sowie Randgebieten mit entsprechend hohem Erholungswert. Infrastruktur, Erschließungs- und Entwicklungstempo muss sich auch an den Bedürfnissen kommender Generationen orientieren. Auch unsere Nachkommen wollen ein lebenswertes Hagen vorfinden. Sorgen wir heute dafür, dass sie nicht morgen nur damit beschäftigt sind, hinter uns aufzuräumen!

Die Hagener GRÜNEN meinen:

- Ziel nachhaltiger Stadtentwicklung muss es sein, hier sowohl Gewerbe- und Dienstleistungsunternehmen anzusiedeln als auch attraktive Wohnbauflächen zu schaffen!
- Die Hagener GRÜNEN wollen die Aufmerksamkeit verstärkt auf die traditionellen gewerblich bzw. industriell genutzten Entwicklungskorridore in den Tallagen entlang von Ennepe, Lenne und Volme lenken:
- Ihre weitere Entwicklung hat Auswirkungen auf die Stadtstruktur insgesamt, besonders aber auf die Struktur- und Entwicklungsperspektiven der angrenzenden Wohngebiete.
- Ihre Entwicklung kann eine Abkehr von der herrschenden Praxis bringen, ständig Gewerbeflächen im Außenbereich neu auszuweisen.





Hagen brummt:

Verkehrspolitik braucht neue Wege

Hagen muss heute die traurigen Folgen einer Verkehrspolitik ausbaden, die jahrzehntelang nur die Interessen der Autofahrer im Auge hatte:

- Der Innenstadtring ist an den Grenzen seiner Kapazitäten angelangt, und auch die Ausfallstraßen verstopfen regelmäßig.
- Die Luftverschmutzung durch den Straßenverkehr ist die höchste in ganz NRW.
- Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) wird ausgedünnt und im City-Bereich durch dauerhafte Umbauten wie in der Kampstraße bewusst verlangsamt. So motiviert man niemand, sein Auto in der Garage zu lassen und mit dem Bus zu fahren.
- Der Anteil des Radverkehrs ist mit zwei Prozent aller Verkehrsbewegungen unterdurchschnittlich.

Die Hagener GRÜNE wollen zwei Leitlinien für eine zukunftsfähige Verkehrspolitik:

- Hagen muss eine Stadt der "kurzen Wege" werden!
- Die Schadstoffwerte in der Atemluft müssen runter!

Beide Ziele verlangen zwingend, dass die vom Rat beschlossene Vorrangpolitik für den ÖPNV – bisher ein reines Lippenbekenntnis – erhalten bleiben muss.

Der Gesamtanteil des ÖPNV am Verkehrsaufkommen muss in Hagen deutlich erhöht werden. Allerdings sollte die Erreichbarkeit der City und aller Nebenzentren mit allen Verkehrsträgern gewährleistet sein. Nur eine verkehrlich gut erschlossene Anbindung der City weist Hagen auch im Umland als Einkaufs- und Kulturstandort aus.

Das wollen die Hagener GRÜNEN erreichen:

- Die City muss mit dem ÖPNV von allen Nebenzentren aus zügig erreicht werden, ohne umsteigen zu müssen.
- Alle Hagener Wohn- und Gewerbegebiete müssen mit dem ÖPNV erreicht werden können.
- Auch Hagens Randbereiche müssen mit dem ÖPNV besser zu erreichen sein.
- Busverkehr und PKW-Verkehr sollen sich im Kernbereich der City möglichst wenig mischen. Das kann erreicht werden durch Einrichtung von Busspuren auf den Ringen und damit eine deutliche Erhöhung der Reisegeschwindigkeit im ÖPNV.
- Vorhandene Schienenstrecken können als Zubringer in die City genutzt werden. Das Konzept der stadtbahnähnlichen Erschließung könnte hier immer noch umgesetzt werden, wenn auch eine Trasse durch die City in absehbarer Zeit nicht verwirklicht werden kann. Die Chancen, die die citynahen Bahnhöfe Oberhagen und Hauptbahnhof bieten, dürfen nicht vertan werden.
- An den Ampelanlagen auf den Zubringerstraßen zur City müssen Vorrangschaltungen für den Busverkehr eingerichtet werden.
- Die Park & Ride – Angebote müssen weiter ausgebaut werden.
- In den Nebenzentren (Haspe, Hohenlimburg, Boele etc.) muss es Umsteigeknotenpunkte geben.
- Der Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in die umliegenden Städte muss beschleunigt werden und auch die Hagener Randgebiete einbeziehen.
- Das lange vernachlässigte Radwegenetz muss dringend ausgebaut werden. Insbesondere die City muss für Radfahrer gefahrlos erreicht und gequert werden können.

Zur Verbesserung des Busverkehrs gehört für die Hagener GRÜNEN auch:

- attraktive und umweltfreundliche Fahrzeuge
- kundenfreundliche Ausgestaltung der Haltestellen
- mehr Innovationsbereitschaft beim heimischen Verkehrsunternehmen
- Zusammenwirken aller Verkehrsträger, insbesondere bessere Verknüpfung von Schiene und Bus
- weitere Optimierung von Fahrplananschlüssen
- Steigerung der Reisegeschwindigkeit

Hagen ist mehr als die Mitte:

**Die City weiterentwickeln –
die Stadtbezirke stärken**

In der vergangenen Wahlperiode wurde viel Engagement in die Umgestaltung von Hagens unmittelbarer Innenstadt gesteckt. Einiges davon haben die Hagener GRÜNEN mitgetragen, so z.B. die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes, die Erneuerung der unteren Elberfelder Straße, die geplante Entertainment-Meile auf dem alten Elbers-Gelände und vieles mehr. Unser Eintreten gegen den Bau der „Neuen Mitte“ und der Einsatz für den Bürgerentscheid zu diesem Thema haben andererseits die Grenzen dessen markiert, was mit den Hagener GRÜNEN zu machen ist.

Auch wenn wir uns hier nicht durchsetzen konnten: Eine gewichtige Minderheit von über 20.000 Hagenerinnen und Hagenern waren mit uns gegen den Ausverkauf von städtischen Flächen zugunsten einer Shopping-Mall, die das Rathaus aus dem städtischen Mittelpunkt in eine Randlage schiebt.

Diese Auseinandersetzungen sind Vergangenheit. Die Hagener Mitte befindet sich weiterhin im Umbruch: Das neue Sparkassen-Karree, die Neugestaltung des Theater-Vorplatzes und die geplante Skulpturen-Allee in der Bahnhofstraße werden auch in den nächsten Jahren für Bewegung in der City sorgen.

Deswegen meinen die Hagener GRÜNEN:

Auch die Stadtbezirke müssen wieder in den Blick geraten!

Hagen hat – mehr als andere Großstädte – aktive Stadtbezirke, mit denen sich die Bürgerinnen und Bürger stark identifizieren. Nicht nur die ehemals selbständigen Stadtteile Haspe und Hohenlimburg, sondern auch Wehringhausen, Boele, Eilpe, Vorhalle, Altenhagen und andere Teile des Stadtgebiets verfügen über reichhaltige wohnortnahe Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten. In Hagen sind die Stadtteile nicht nur „Schlafstädte“ um eine starke Mitte, sondern eigenständige Unterzentren, die gestärkt werden müssen.

Dazu gehören Investitionen in

- Wohnumfeldverbesserungen, Grünzonen und Spielmöglichkeiten für Kinder
- Verkehrsinfrastruktur – auch für fußläufigen und Radverkehr
- Stadtsauberkeit – nicht nur in der unmittelbaren Citylage.

Die Hagener GRÜNEN treten dafür ein, in den Stadtbezirken gemeinsam mit der Bürgerschaft Gesamtkonzeptionen für „strategische Orte“ zu entwickeln, beispielsweise:

- Weiterentwicklung des TGZ-Fernuni in Verbindung mit den umgebenden Wohnbereichen als Impulsgeber für das Hochschulviertel
- Umsetzung der neuen Nutzungen auf dem Elbersgelände mit einer angrenzenden Erholungszone durch Öffnung der Volme als Impuls für Oberhagen
- Neue Nutzungen auf dem Brandt-Gelände als Impuls für Haspe
- Die Planungen für das Nahmertal als Impuls für Hohenlimburg
- Eine Freiraumkonzeption für Garenfeld / Bathey / Hengstey als Impuls für eine Erholungslandschaft an der Ruhr

Ein weiterer strategischer Ort dürfte sicherlich das Gelände hinter dem Hauptbahnhof sein. Die sogenannte Weststadt ließe sich hier verwirklichen. Wichtige Ziele der Zukunft könnten hier umgesetzt werden:

- bessere Anbindung des Hauptbahnhofes durch rückwärtige Erschließung
- neue Lenkung der Verkehrsströme durch maßvolle und somit auch umsetzbare Bahnhofshinterfahung
- bessere Erschließung vorhandener Wohngebiete



Wichtig ist, dass für diesen Bereich modellhaft ein klares Gesamtkonzept entwickelt wird, das Stück für Stück umgesetzt werden kann.

In vergleichbarer Weise müssen umsetzungsfähige Einzelkonzeptionen für die anderen „strategischen Orte“ im Stadtgebiet erarbeitet werden.

Dies sind nur Beispiele für die Entwicklungspotentiale der Zukunft. Wichtig ist die aktive Mitarbeit der betroffenen Bevölkerung im Planungsprozess, z. B. durch workshops oder Planungszellen. Gute Erfahrungen konnten hier bei der Umgestaltung des Altenhagener Marktplatzes oder im Stadtteil Oberhagen durch die dort ansässige Bürgerinitiative gesammelt werden. Aber auch der regelmäßige Zusammenschluss der interessierten Bürgerschaft in Stadtteilkonferenzen, wie es sie z.B. in Altenhagen, Vorhalle oder Eckesey gibt, ist ein Weg, den die Hagener GRÜNEN weiter ausbauen wollen.

Die Hagener GRÜNEN meinen:

Die Kompetenz der Bürgerinnen und Bürger für ihr eigenes Wohn- und Lebensumfeld muss in Zukunft stärker in Anspruch genommen werden.



Hagen baut – auf oder ab?

Stadtentwicklung und Baukultur

Angesichts der Finanzkrise in den Kommunen müssen die Planer und Ausführenden ihre bisherige Einstellung zu Bau und Unterhaltung öffentlicher Gebäude überdenken. Wir dürfen es uns nicht mehr leisten, mit öffentlichen Mitteln gebaute oder erworbene Bauten so herunter zu wirtschaften, dass ihr Zustand oft schon nach kurzer Zeit zum Argument für ihren Abriss wird. Dies war der Fall beim erst 1965 erbauten Ratstrakt wie beim jüngst gesprengten Sparkassenturm.

Die Hagener GRÜNEN meinen deshalb:

Öffentliche Gebäude sollen Beispiel für gutes Bauen geben. Das soll sich nicht nur in der Architektur, sondern auch in der Materialwahl dokumentieren: Städtische Bauten müssen nicht nur hochwertig ausgeführt werden, um dauerhaft nutzbar zu bleiben. Sie müssen auch energieoptimiert erstellt werden – mit

zeitgemäßen Dämmstoffen, Heizungsanlagen mit hohem Wirkungsgrad, und am besten unter Verwendung regenerativer Energietechnik. Diese Investitionen rechnen sich schon nach kurzer Zeit durch niedrigere Betriebskosten.

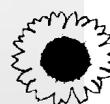
Und: Wie in der freien Wirtschaft müssen gerade in Zeiten knapper Kassen finanzielle Rücklagen für jedes einzelne Gebäude geschaffen und in einer Wirtschaftlichkeitsberechnung nachgewiesen werden, durch die der laufende Unterhalt gesichert wird.

Zur Identifikation mit Hagen gehört für die Bewohnerinnen und Bewohner die Unverwechselbarkeit ihrer Stadt. Und die sollte sich nicht nur in ihrer schönen Umgebung dokumentieren, sondern auch in ihrem Stadtbild, in Gebäuden, Plätzen und Parkanlagen. Im Bild der Stadt zeigt sich der Wert, der Baukultur beigemessen wird. Dieses Stadtbild verschafft den Menschen die notwendige Verwurzelung, um sich in Hagen zuhause zu fühlen – oder auch nicht. Die Baukultur hat einen massiven Einfluss auf die Attraktivität unserer Stadt und damit auf Einwohnerfluktuation und Besucher.



Die Hagener GRÜNEN vertreten deshalb folgende städtebauliche Leitlinien :

- Schaffung von Bewusstsein für Bau- und Stadtgeschichte
- sorgfältiger Umgang mit dem Vorhandenen
- verantwortungsbewusste Ergänzung der Bebauung bei entstandenen Brachflächen und Baulücken
- wachsende Aufmerksamkeit für immer häufigere Leerstände, selbst bei Einfamilienhäusern, bedingt durch die ständig sinkende Einwohnerzahl
- sehr vorsichtiger Umgang bei der Ausweisung neuer Baugebiete in die Landschaft hinein





Hagen ist Zuhause:

Kommunale Wohnungspolitik

Hagens Einwohnerzahl sinkt. Das hat in den letzten Jahren zu einer Entspannung auf dem Wohnungsmarkt geführt, darf jedoch nicht über bestehende Probleme hinwegtäuschen. Es ist dringend notwendig, die gewandelten Wohnbedürfnisse zu analysieren und in Wohnungsbestand und Wohnviertel zu investieren. Wohnen in der Stadt muss attraktiv werden ohne am Bedarf vorbei zu planen. Dabei müssen die Bedürfnisse der wachsenden Gruppe von älteren Bürgern ebenso berücksichtigt werden wie der Bedarf nach preiswertem Wohnraum. Nach wie vor fallen viele Wohnungen aus der Sozialbindung heraus und werden zu normalen Marktkonditionen vermietet. Im Jahre 2001 gab es in Hagen 14.300 Sozialwohnungen; für das Jahr 2010 wird eine Halbierung auf nur noch 7.000 Sozialwohnungen erwartet.

Auch der Wunsch nach Wohneigentum muss in die Planung einbezogen werden. Dabei halten wir es jedoch für abwegig, der Stadtfucht durch ständig neue Ausweisung von Baugebieten im Grünen entgegenwirken zu wollen und lehnen die daraus resultierende Zersiedelung und den Flächenfraß ab. Das Interesse an Wohneigentum ist jedoch primär im bereits besiedelten Stadtbereich zu befriedigen: durch Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser, die aufgrund von Generationswechsel frei werden. Attraktive Wohnquartiere mit guter Infrastruktur werden so erhalten.



Die Hagener GRÜNEN setzen sich ein:

- für Stadtteil- und Quartiersentwicklung unter Einbeziehung der BürgerInnen, der Stadtverwaltung, der Wohnungsunternehmen, der Betriebe, der Schulen und Sozialarbeit.
- für den Abschluss eines kommunalen Kooperationsvertrages zwischen dem Amt für Wohnungswesen und den ehemals gemeinnützigen Wohnungsunternehmen als Ausgleich für die schwindenden Sozialwohnungen und als ein Beitrag zur Vernetzung und Stabilisierung der Wohnquartiere.
- für die Beibehaltung der Ausgleichsabgabe im sozialen Wohnungsbestand: diese Abgabe der besserverdienenden Mieter von Sozialwohnungen, die ein Ausgleich zwischen subventionierter Sozialmiete und Marktmiete ist, fließt gezielt wieder in Investitionen des Sozialwohnungsbaus zurück. Die betroffenen Mieter wissen den Wohnwert ihrer Wohnungen zu schätzen und ziehen seltener um, als ihre Sozialmiet-Nachbarn.
- für konsequente Verhinderung von Obdachlosigkeit

Die Zahl der in städtischen Unterkünften untergebrachten wohnungslosen Bürgerinnen hat sich erfreulich gesenkt und die bisherigen Unterkünfte konnte zu normalen Wohnungen umgebaut werden. Der steigenden Zahl der Mietschuldner und Räumungsbeklagten muss mit einer qualifizierten und effektiven Präventionsarbeit der Zentralen Fachstelle für Wohnungsnotfälle begegnet werden, damit keine Neueinweisungen in städtische Obdachler erfolgen. Die wachsende Zahl alleinstehender wohnungsloser Menschen mit Problemhäufungen bedarf der gezielten Anstrengung der Sozialverwaltung und der Wohlfahrtsverbände.

Hagen ist bunt:

Zusammenleben mit Zuwanderern

Zur Zeit leben in Hagen ca. 30 000 MigrantInnen (15 % der Einwohnerschaft). Im Jahr 2010 wird ungefähr jeder 4. Hagener BürgerIn einen Migrationshintergrund haben.

Die Stadt Hagen muss daher die Integration auf kulturellem, sozialem und politischen Gebiet voran treiben. Auf allen kommunalen Ebenen und bei allen Planungen muss dieser Aspekt berücksichtigt werden. Da das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-BürgerInnen an der Zweidrittelmehrheit des Bundestages gescheitert ist, müssen andere Wege gefunden werden, um die Interessen der MigrantInnen besser zu berücksichtigen. Wir halten es aber nach wie vor für richtig, dass alle – und nicht nur EU-Ausländer – nach einer bestimmten Aufenthaltsdauer das kommunale Wahlrecht erhalten – auch wenn dafür eine Grundgesetzänderung nötig wäre.

Der bisherige Ausländerbeirat ist als Beteiligungsgremium wirkungslos geworden. Wir unterstützen deshalb als Übergangslösung seine Umwandlung in einen Integrationsrat, wie dies auch von der Landesgemeinschaft der Ausländerbeiräte (LAGA) vorgeschlagen wird. Allerdings haben wir auch bei diesem neuen Integrationsrat die Sorge, dass dieses Gremium genauso „zahnlos“ wird wie der bisherige Beirat. Wenn hier nicht eine reine Scheinbeteiligung beabsichtigt ist, muss der Integrationsrat Kompetenzen bekommen, die der bestehenden Integrationsproblematik von MigrantInnen in unsere Gesellschaft Rechnung trägt.

Hier geboren, hier zu Hause.



Die Hagener GRÜNEN wollen:

- dass die Stadt aktiv gegen die Diskriminierung von MigrantInnen in allen Bereichen eintritt, sei es bei Behördengängen, Einstellungen oder Wohnungszuweisungen
- dass die Stadt Aufklärungsmaßnahmen gegen Rassismus und Rechtsextremismus bereitstellt und Schutz vor gewalttätigen Übergriffen gewährleistet
- Maßnahmen gegen die Ghettobildung in bestimmten Stadtteilen als Aufgabe von Stadtentwicklungspolitik
- dass die Stadt ein Sprachhilfekonzept für alle Altersgruppen auflegt, in dem anbietende Institutionen koordiniert werden
- dass Programme zur Selbstorganisation (Sport, Jugendarbeit, Sprachkurse usw.) gefördert bzw. örtliche Programme der Bundes- und Landesebene bei der Stadt koordiniert werden
- dass Beteiligungsmöglichkeiten für MigrantInnen – z.B. in Parteien, Vereinen oder Stadtteilkonferenzen – besser bekannt gemacht werden
- dass die gegenüber anderen Städten unterdurchschnittliche Zahl an Einbürgerungen erhöht wird

Hagen stellt sich quer:

Aktiv gegen Rechts

Bei der verschärften Konkurrenz auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt wittern die Rechten ihre Chance, braune Parolen unters Volk zu streuen.

In den vergangenen Jahren war Hagen mehrfach Schauplatz von Demonstrationen rechtsextremer Kräfte. Dies führte paradoxer Weise zu drastischen Polizeimaßnahmen, welche weniger die von auswärts angereisten Verursacher als die linken Gegendemonstranten am eigenen Leib zu spüren bekamen. Die GRÜNEN haben sich nicht nur an den Gegendemonstrationen beteiligt, sondern auch den Polizeieinsatz kritisch beobachtet.

Die Hagener Grünen fordern daher:

- Erhalt des breiten Bündnisses gegen Rechts
- DemonstrantInnen dürfen weder auf Anti-Nazi- noch auf sonstigen Demonstrationen von der Polizei eingekesselt werden.





Hagen altert:

Senioren in Hagen

Hagen wird älter. Das geht der Stadt ebenso wie ihren BewohnerInnen. Die Politik muss sich darauf einstellen. Uns ist dabei bewusst, dass Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene großen Einfluss auf das Leben alter Menschen haben (Ausgestaltung der Pflegeversicherung, Landespflegegesetz, Rentengesetze und damit Lebensstandard im Alter). Darum wird es auch auf kommunaler Ebene immer stärker darauf ankommen, auf diese Ebene der Politik Einfluss zu nehmen. Zum Beispiel wird durch das neue Landespflegegesetz der Einfluss der Kommunen auf Standorte und Pflegestandard in Alten- und Pflegeheimen stark eingeschränkt – der Markt soll es richten. Gleichzeitig sollen die Städte über Pflegegeld und Sozialhilfe solche Heime finanzieren.

Vor diesem Hintergrund wollen die Hagener Grünen:

- die Rechte der alten Menschen stärken, die auf Pflegedienste oder Heimplätze angewiesen sind
- eine trägerunabhängige Pflegeberatung erhalten und ausbauen
- die Einrichtung einer Beschwerdestelle
- dass die speziellen Bedürfnisse von alten MigrantInnen im ambulanten und stationären Bereich berücksichtigt werden
- Angebote für Demenzkranke und ihre Angehörigen schaffen
- Die offene Altenarbeit muss erhalten bleiben und an neue Bedürfnisse angepasst werden.

Wohnen im Alter

Alternativ zur Heimunterbringung schlagen wir vermehrt die Einrichtung von Wohngemeinschaften für alte Menschen vor. Beispiele gibt es in Münster, Bielefeld und Berlin. Wohngemeinschaften in Kombination mit ambulanter Betreuung bieten auch altersverwirrten alten Menschen eine Alternative zum Heim. Auf den Neubau von Heimen kann verzichtet werden. In Absprache mit Wohnungsgesellschaften und Privaten können Wohnungen zusammengelegt und entsprechend ausgestattet werden.

Hagen hält zusammen:

Solidarität statt Ausgrenzung

Die wachsenden sozialen Probleme sind in Hagen im Stadtbild deutlich sichtbar. Langzeitarbeitslose, arme, suchtkranke und/oder obdachlose Menschen haben ihre festen Treffpunkte in der Stadt. Das führt zu Konflikten mit den AnwohnerInnen. In der Politik wird immer lauter nach repressiven Maßnahmen, Platzverweisen und ähnlichem gerufen. Das ist in unseren Augen der falsche Weg: Die Stadt gehört allen – auch den Armen. Ausgrenzung und Verdrängung lösen keine Probleme. Die politische Beratung muss im Sozialausschuss stattfinden.

Die Hagener GRÜNEN meinen:

- Wir brauchen Jugendheime und Treffs in sozialen Brennpunkten
- Wir brauchen mehr unabhängige gemeinwesenorientierte Beratungsstellen für Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen (Beispiel "Corbacher 20" für Haspe). Wenn der Pavillon im Volkspark nicht mehr als Bürgerinformation genutzt wird, soll dort ein Treffpunkt für sozial Schwache und Ausgegrenzte entstehen.
- Der Einsatz von StreetworkerInnen muss ausgedehnt werden. Zwischen ihnen und MitarbeiterInnen des Ordnungsamtes muss eine Abstimmung erfolgen, damit beide Institutionen nicht gegeneinander arbeiten.
- Angesichts der steigenden Anzahl überschuldeter Privatpersonen brauchen wir weiterhin eine für alle zugängliche Schuldnerberatung.
- Da die sozialen Probleme in den kommenden Jahren zunehmen werden, wenden wir uns gegen Kürzungen im Sozial- und Jugendhilfebereich.



Hagen macht den Weg frei:

Barrieren beseitigen – mit Behinderten leben

Hagen soll eine behindertenfreundliche Stadt sein – das heißt eine Stadt ohne Barrieren. Die schlimmsten Barrieren stecken oft in den Köpfen. Das haben wir beim Umbau der Hagener Innenstadt erfahren müssen. An die Belange der Behinderten wurde oft gar nicht oder erst zu spät gedacht (Beispiel: keine Tastschienen für Blinde am zentralen Busbahnhof). Dabei gilt: Wer nachbessert, muss mehr bezahlen. In die Köpfe von PolitikerInnen und VerwaltungsmitarbeiterInnen muss rein: Bei allen Bauvorhaben und



Sanierungsmaßnahmen müssen Behinderte als Experten mit angehört werden. Viele behindertenfreundliche Maßnahmen wie breite Türen, absenkbare Busse, Aufzüge, erleichtern auch alten Menschen und Frauen mit Kindern das Leben.



Die Hagener Grünen setzen sich ein für:

- Die zügige Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes
- ortsnahe Frühförderung von behinderten Kindern. Integration in Kindergärten und Schulen, wenn Eltern und Kinder das wünschen. Dazu müssen die nötigen baulichen Maßnahmen bedacht werden - besonders wenn Sanierungen und Umbauten anstehen.
- Baugenehmigungen für Bauten mit öffentlicher Nutzung werden nur erteilt, wenn auch behindertenfreundlich gebaut wird
- barrierefreien Öffentlichen Personennahverkehr
- Barrierefreiheit im Internet, z.B. beim virtuellen Rathaus
- Der Abbau von Barrieren ist eine langfristige Angelegenheit. In Absprache mit dem Behindertenbeirat soll ein Zeitplan für die Erledigung notwendiger Maßnahmen erarbeitet werden.
- Der Behindertenbeirat muss in alle Planungen bei Neu- und Umbaumaßnahmen einbezogen werden.

Behinderte werden auf dem Arbeitsmarkt immer mehr ausgegrenzt. Es ist darauf zu achten, dass die Stadtverwaltung nicht im Zuge von Sparmaßnahmen diesem Trend folgt und Behindertenarbeitsplätze abbaut. Zugleich sollte die Stadt Hagen in Kooperation mit dem Arbeitsamt regelmäßig Betriebe aufklären über die Fördermöglichkeiten bei der Einstellung von Behinderten, über den Stellenwert von Integrationsvereinbarungen, um innerbetrieblich Ziele für die Besetzung von Arbeitsplätzen mit Behinderten abzuschließen u.a.m.

Hagen kämpft ums Überleben:

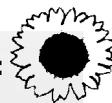
Drogenabhängige brauchen rasche Hilfe

Hagen ist keine suchtmittelfreie Insel. Während Nikotin und Alkohol jedoch trotz der massiven gesundheitlichen Schäden wegen ihrer massenhaften legalen Verbreitung weitgehend akzeptiert sind, werden Konsumenten illegaler Rauschmittel ausgegrenzt. Dies ist für Drogenabhängige buchstäblich lebensbedrohend: Zu den gesundheitlichen Folgen der Suchtkrankheit und den Folgerisiken wie HIV- und Hepatitisinfektionen tritt oft der soziale Absturz durch Beschaffungskriminalität und Prostitution, mit denen die Abhängigen die hohen Schwarzmarktpreise für ihren „Stoff“ erwirtschaften.

Deshalb fordern die Hagener GRÜNEN:

1. Die personelle Ausstattung der DTA (drogentherapeutische Ambulanz) muss sichergestellt werden.

Die DTA dient neben der Notfallversorgung von „Usern“ und des Angebotes von Ruhezeiten für dieselben auch ordnungspolitischen Zwecken. Dem subjektiven Sicherheitsbedürfnis der Hagener Bevölkerung wird Rechnung getragen, indem durch das vorgehaltene Angebot der DTA die offene Szene größtenteils aufgelöst wurde, bzw. auffällige Drogenkonsumenten von den Ordnungsbehörden zwecks Versorgung dorthin verbracht werden können.



2. Der Status Quo bei der Drogenberatungsstelle und ihren Angeboten muss verbessert oder zumindest erhalten werden.

Wie viele andere Einrichtungen aus dem „sozialen Bereich“ ist auch die Drogenberatungsstelle von deutlichen finanziellen Einschnitten betroffen. Weitere „Sparmaßnahmen“ sind aber nicht hinnehmbar, da ansonsten die Erfolge der Mitarbeiter von der Primärprävention (Drogenprophylaxe in den Schulen), über die Sekundärprävention (z. B. Beratungsangebote für erstauffällige Konsumenten), bis hin zur Tertiärprävention (DTA) nicht mehr zu gewährleisten sind.

Weitere Kürzungen in diesem Bereich sind inakzeptabel und fahrlässig!

3. Das Programm „Hilfe sofort“ muss umgehend wieder reaktiviert und finanziell abgesichert werden.

Dieses Angebot richtet sich an die Konsumenten, die aufgrund der Schwere ihrer Abhängig-

keitserkrankung sofort in Therapieeinrichtungen untergebracht werden müssen, da sie ein - wie sonst üblich - langwieriges Aufnahmeverfahren nicht durchhalten. Die Hagener GRÜNEN erwarten, dass ein solches Programm nicht deshalb eingestellt wird, weil die Zahl der Drogentoten erfreulicherweise weiter rückläufig ist. Dies wäre reiner Zynismus!

Der grüne Slogan „Gebt das Hanf frei“ soll keineswegs die zweifelsfrei vorhandenen Risiken des Cannabiskonsums schönreden, sondern die Forderung unterstützen, dass diese so genannte „weiche Droge“ entkriminalisiert, d. h. ihr Konsum und Erwerb nicht mehr unter Androhung von strafrechtlichen Sanktionen unterbunden wird. Gleichzeitig mit der Herauslösung von Cannabis aus dem „Dunstkreis“ von Heroin, XTC, Crack etc. ist eine Aufklärung für potentielle Nutzer von Cannabisprodukten nötig, die vor allem auch auf die Risiken der verschiedenen Konsummuster aufmerksam macht.

Hagen ist für alle da:

„OPA“ bringt Ruhe, aber keine Ordnung

Immer noch betreibt Hagen seine „Ordnungspartnerschaft“ (OPA). Beamte von Polizei und Ordnungsamt laufen gemeinsam in der City Streife. Sie ermahnen, verteilen Ordnungsgelder und auch mal Platzverweise. Ein stark angehobener Bußgeldkatalog soll für Ruhe, Ordnung und Sauberkeit im Innenstadtbereich sorgen. Dadurch und durch verstärkte Putzkolonnen des HEB ist der unmittelbare Einkaufsbereich in der Tat sauberer geworden.

Aber das Konzept bleibt fragwürdig:

Die Ordnungspartnerschaft verdrängt gezielt unerwünschte Personengruppen aus der City in die Randbereiche. Wohnungslose, AlkoholikerInnen und Suchtkranke werden nicht als soziale Herausforderung begriffen, sondern als ordnungspolitisches Problem – zusammen mit Falschparkern, Abfallsündern und Stadttauben. Die Stadt beschränkt sich darauf, das Stadtbild

von „störenden“ Personen freizuräumen. Aber das Prinzip „Aus den Augen, aus dem Sinn“ löst keine Probleme. Solange immer mehr Mittel im Sozialbereich gekürzt werden, Jugendzentren schließen und die Arbeitslosigkeit unverändert hoch bleibt, werden uns Armutsdelikte, Wohnungslosigkeit und auffälliges Verhalten durch Alkohol- und Drogensüchtige erhalten bleiben.



Die Hagener GRÜNEN meinen:

- Verdrängung und Repression kann nicht die einzige Antwort der Stadt sein.
- Hagen braucht mehr Streetworker statt mehr „Sicherheitsbeauftragte“.
- Hagen muss weiterhin Angebote für perspektivlose Jugendliche, Wohnungslose und Suchtkranke bereitstellen.



Hagen ist jung:

Jugend geht neue Wege

Das „Arbeitsfeld Jugend“ hat sich verändert: Die Familie kann der traditionellen Rolle als Mittelpunkt der Erziehung vielfach nicht mehr gerecht werden. Kinder und Jugendliche sind unüberschaubaren Einflüssen aus Medien und Wirtschaft ausgesetzt. Migrantenkinder leben in dem Konflikt zwischen geforderter Anpassung und unveränderter Ablehnung.

Die Anforderungen an die Jugendarbeit sind also gestiegen. Gleichzeitig hat sich der finanzielle Rahmen für die Jugendarbeit verschlechtert.

Im Spannungsfeld dieser Faktoren muss es gelingen, in Hagen eine qualitativ hochwertige Jugendarbeit zu erhalten. Vor allem, wo finanzielle Mittel spärlicher fließen, müssen neue Wege zur Erfüllung der Aufgaben gesucht werden. So können z.B. Kooperationen von engagierten Bürgern mit der Stadt für einzelne Projekte eingegangen werden, um die Schließung von Einrichtungen oder Spielplätzen zu verhindern. Erfahrung und Engagement von freien Trägern und Ehrenamtlichen sollten optimal genutzt werden. Ehrenamtliche Arbeit muss durch fachliche Begleitung unterstützt werden. Erst dann zahlt sie sich doppelt aus!

Die Hagener GRÜNEN setzen sich dafür ein,

- die Anforderungen an Jugendarbeit neu zu definieren.
- die Angebote der Jugendeinrichtungen stetig am Bedarf der Kinder und Jugendlichen zu messen.
- Kinder und Jugendliche in ihren Mitwirkungsrechten zu stärken.
- verstärkt Kinder und Jugendliche an informellen Treffs aufzusuchen.
- zielgruppenorientierte Projekte für Problemgruppen zu organisieren.
- einen deutlichen Schwerpunkt auf Gewaltprävention zu setzen.



Familien stärken

Eltern fühlen sich vielfach überfordert: Gleichzeitige Organisation von Berufstätigkeit und Erziehung, unerfüllte eigene Interessen, finanzielle Probleme, gesellschaftliche Anforderungen und Einflüsse der Medien führen zu Überbelastungen für viele Familien. Leidtragende sind vor allem die Kinder. Daher müssen in ihrem Interesse Familien entlastet und Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung gestärkt werden.

Daher wollen die Hagener Grünen:

- Elternbildung im Sinne gewaltfreier Erziehung muss kontinuierlich durchgeführt werden.
- Erziehungsberatungsstellen müssen erhalten bleiben.
- Die Öffnungszeiten von Kindertageseinrichtungen müssen am Bedarf der Familien ausgerichtet sein und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen.
- Eintrittspreise sollen Familienermäßigungen enthalten.

Hagen lernt nie aus:

Grün macht Schule

Die Aufgabe der Schule hat sich erweitert. Wissensvermittlung, soziales Lernen und Integration sollen Hand in Hand gehen. Hinzu kommt der wachsende Bedarf an Betreuung, der durch Berufstätigkeit der Eltern, bzw. der allein Erziehenden entsteht. Betreuung, Förderung und Freizeitgestaltung am Nachmittag werden verstärkt im schulischen Umfeld stattfinden. Lern- und Freizeit sollen sich sinnvoll ergänzen. Dazu bedarf es eines differenzierten Bildungsangebotes, das Institutionen übergreifend vor Ort organisiert werden muss. Kindertagesstätten und Grundschulen sollen nach Vorgaben der Landespolitik ab 2007 zusammengeführt werden. Die offene Ganztagsgrundschule kann und wird nicht der Endpunkt dieser Entwicklung sein. Auch in anderen Schulformen soll es weitere Ganztagsangebote geben.

Dazu müssen die Schulen räumlich und materiell angemessen ausgestattet werden.





Die Hagener GRÜNEN fordern daher:

- Alle Kinder sollen gemeinsam dort zur Schule gehen, wo sie wohnen. Kinder und Jugendliche ausländischer Herkunft sollen in allen Schulen unter Berücksichtigung ihrer kulturellen Identität integriert werden.
- In Deutschland bestimmt immer noch der soziale Hintergrund den schulischen Erfolg. Wir wollen, dass Chancengleichheit im Bildungsbereich endlich verwirklicht wird. Die Stadt muss daher bestrebt sein, das soziale Gefälle zwischen den einzelnen Stadtvierteln und ihren Bildungsangeboten auszugleichen.
- Ganztagschulen bzw. Gruppen mit Ganztagsangeboten muss es in allen Stadtteilen und Schulformen geben. Schulen sollen mit Vereinen und Trägern der Jugendarbeit kooperieren, um ein vielfältiges, kontinuierliches Betreuungsangebot zu entwickeln, das sich an einem gemeinsamen Konzept ausrichtet. Individuelle Förderung soll bestimmendes Merkmal der Zusammenarbeit von Jugendbereich und Schule werden.
- Die Vernetzung zwischen Schule und Jugendhilfe wird um so wichtiger, je mehr Zeit Kinder und Jugendliche in den Räumen der Schule verbringen, auch, um die Chancen für erfolgreiche Präventionsarbeit zu verbessern. Die Überführung von Horten in schulischen Betreuungseinrichtungen muss mit Beratungs- und Fortbildungsangeboten begleitet werden. Hierzu gehören auch gesicherte Finanzierungskonzepte.
- Die engere Kooperation von Schul- und Jugendbereich muss auf dem Gebiet der Verwaltung ihre Entsprechung finden, so dass Synergieeffekte genutzt werden können.
- Der Erfolg der Maßnahmen muss durch Befragung aller Beteiligten überprüft werden, damit eine Weiterentwicklung stattfinden kann.
- Präventionsmaßnahmen sind auch in Zeiten knapper Kassen wichtig: Es muss z.B. Angebote für schulumüde Jugendliche geben.
- Soweit städtischer Einfluss gegeben ist, sollten Schulen bei ihrem Bemühen um Nachhaltigkeit unterstützt werden, z.B. bei ökologischen, Verkehrs- oder Energieprojekten.

Hagen darf nicht abhängen:

Jugend braucht Zukunft

Die Jugend ist unsere Zukunft, lautet eine abgedrohte Binsenweisheit. Aber damit Jugendliche eine Zukunft haben, brauchen sie Ausbildungs- und Arbeitsplätze. An beidem mangelt es – nicht nur in Hagen, aber auch hier. Es reicht nicht, kurz vor Beginn eines Ausbildungsjahres in hektische Betriebsamkeit zu verfallen. Die Stadt Hagen kann das Problem Lehrstellenmangel und Jugendarbeitslosigkeit nicht allein lösen, aber sie kann und muss Maßnahmen zur Eindämmung des Problems ergreifen und alle Möglichkeiten nutzen, Jugend in Arbeit und Ausbildung zu bringen.



Die Hagener GRÜNEN fordern:

- Die Jugendarbeitsmarktkonferenz muss als Frühwarnsystem für die Politik wieder zur regelmäßigen Einrichtung werden. Hier müssen die Entwicklungen auf dem Lehrstellenmarkt und bei den Entlasszahlen der Schulen kontinuierlich zusammen laufen.
- Fortführung und Ausbau von Maßnahmen, die gute Ergebnisse gebracht haben (zum Beispiel das Projekt "schulmüde Jugendliche")
- bessere Ausstattung von Berufsschulen und Berufskolleg, die zunehmend unversorgte Jugendliche aufnehmen müssen
- Einrichtung einer kommunalen Ausbildungsgesellschaft als überbetriebliche Ausbildungsstätte, finanziert durch Umlagefinanzierung.
- Schaffung und Nutzung von Instrumenten, um unversorgte Jugendliche nicht auf der Straße stehen zu lassen.
- Ausbildungsplätze bei der Stadt Hagen und ihren Töchtern dürfen nicht den Sparmaßnahmen zum Opfer fallen.



Hagen haut auf die Pauke:

Kultur ist nicht alles - aber ohne Kultur ist alles nichts

Erst ein breit gefächertes kulturelles Angebot macht eine Stadt interessant und lebenswert. Das kulturelle Erscheinungsbild unserer Stadt bestimmt nicht nur die Lebensqualität der hier lebenden Menschen, seine Attraktivität wirbt auch für Hagen.

Wir haben in Hagen eine Fülle von bemerkenswerten Kulturschätzen:

Das Karl-Ernst-Osthaus-Museum und die Stätten des Hagener Impulses, das Historische Centrum, das Freilichtmuseum, Musiktheater, Kinder- und Jugendtheater, freie Theater und die freien Kulturzentren geben unserer Stadt ihr Gesicht. Wir brauchen ein Stadtmarketingkonzept, das den Faktor Kultur in seiner Bedeutung hervorhebt.

Die freien Kulturzentren (AllerWeltHaus, Hasper Hammer, Pelmkeschule, Werkhof) sind nicht allein Ort vielfältiger kultureller Veranstaltungen, in ihnen wird darüber hinaus wertvolle Kulturarbeit geleistet.

Sie sind mit ihrem jeweils eigenen Profil ein fester Bestandteil der Kulturlandschaft in Hagen und werden getragen durch Eigeninitiative und ehrenamtliches Engagement. Aber nur mit einer festen Grundversicherung ist ihr Bestand gesichert.

Daher muss trotz leerer Kassen das breite kulturelle Angebot in unserer Stadt erhalten bleiben, - und zwar beides: die freien Kulturzentren und -initiativen ebenso wie die Institutionen der sog. Hochkultur. Alle Möglichkeiten sollten ausgeschöpft werden, ihre hohe Qualität zu erhalten. Einerseits können moderne marktwirtschaftlich orientierte Konzepte die Effizienz noch weiter steigern und andererseits muss die kommunale Finanzierung noch intensiver durch private Initiativen ergänzt werden, denn Kultur und Kunst dürfen nicht mehr nur als abrufbare Dienstleistung betrachtet werden.



Die Hagener GRÜNEN setzen sich ein für:

- die finanzielle Unterstützung der freien Kulturzentren. Wir lehnen die Schließung eines der freien Kulturzentren strikt ab.
- die Bestandssicherung des Musiktheaters auf künstlerisch hohem Niveau. Theater und Orchester sind eng miteinander verbunden und haben seit fast einem Jahrhundert eine große Bedeutung für unsere Stadt und ihre Region. Trotz Einsparungen muss eine Planungssicherheit durch mehrjährige verlässliche Finanzierung gegeben sein. Das Hagener Stadttheater hat historische Bedeutung als erstes Bürger-Theaterhaus in der Region. Durch noch kosteneffektiveres Arbeiten und kreative Ideen zu Finanzierung und Auslastung muss der Bestand gesichert werden.
- den Verbleib der wertvollen Emil-Schumacher-Sammlung in Hagen, damit städtebaulich außer in Kommerz auch wieder in Kultur investiert wird. Trotz der schwierigen Finanzsituation muss alles getan werden, um das zeitnah zu verwirklichen.
- die Unterstützung des Kulturamts, das nicht allein Veranstalter von Festivals (Muschelsalat, TraumTänzer, TonArt) ist, sondern Bindeglied, Koordinator und Organisator der freien Kulturarbeit und der Kulturzentren.
- die Kulturförderung ausländischer Minderheiten. Sie sind Teil unserer Gesellschaft, deshalb müssen wir ihnen die Möglichkeit einräumen, nach ihren kulturellen und religiösen Bedürfnissen zu leben.
- den Erhalt der Stadtteilbüchereien als Zentren der kulturellen Bildung, der Information und der Begegnung. Sie sind besonders wichtig für Kinder und ältere Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind.



Die folgenden beiden Seiten
sind für den Inneneindruck des Umschlages:
Umschlagseite 2 = Inhalt
Umschlagseite 3 = KandidatInnen

Inhaltsverzeichnis

Vorwort der grünen Oberbürgermeister-Kandidatin Hildegund Kingreen	1
Hagener GRÜNE für Bürgerbeteiligung und Transparenz:	
Mehr Transparenz ins städtische Handeln	2
Mehr Bürgerbeteiligung durch direkte Demokratie	2
Mehr Information Für BürgerInnen: das Informationsfreiheitsgesetz	3
Mehr Kontrolle in undurchsichtigen Vorgängen	4
Hagener GRÜNE machen Politik für Frauen:	
Mehr als 50%, aber nicht bei der Macht	5
Hagener GRÜNE für effiziente Wirtschaft und Verwaltung	
Mit zukunftsorientierter Wirtschaftsförderung	6
Notwendige Ausgabenkürzungen ja – Kaputtsparen nein!	7
Grüne Vorschläge für die Verwaltungsmodernisierung	8
Grüne Vorschläge für die Optimierung kommunaler Verwaltungsabläufe	8
Grüne Vorschläge für die Finanzierung städtischer Leistungen	8
Privatisierung ist kein Allheilmittel	8
Verwaltung gehört den Bürgern – nicht den Parteien	9
Hagener GRÜNE für Umweltschutz und Energiewende	
Naturschutz hat Vorfahrt	10
Agenda 21 – Zukunftsmusik oder Sackgasse?	11
Energiewende mit Wasser, Wind und Sonne	12
Mark E als Energiedienstleister	12
Klimaschutz und Luftverschmutzung	13
Mehr tun für den Hochwasserschutz	14
Volme, Ennepe, Lenne und Ruhr müssen naturnah werden	14
Trinkwasserversorgung auf hohem Niveau	15
Müll ist eine teure Sache	15
Müll vermeiden	15
Hagener GRÜNE für gesunde Stadtentwicklung und Verkehrswende	
Flächenschonung statt Flächenfraß	16
Flächen kann man auch recyceln	17
Stadtentwicklung muss auch an morgen denken	17
Verkehrspolitik braucht neue Wege	18
Die City weiterentwickeln – die Stadtbezirke stärken	19
Stadtentwicklung und Baukultur	20
Kommunale Wohnungspolitik	21
Hagener GRÜNE für soziale Politik	
Zusammenleben mit Zuwanderern	22
Aktiv gegen Rechts	22
Senioren in Hagen	23
Solidarität statt Ausgrenzung	23
Barrieren beseitigen – mit Behinderten leben	24
Drogenabhängige brauchen rasche Hilfe	24
„OPA“ bringt Ruhe, aber keine Ordnung	25
Hagener GRÜNE für Jugend und Bildung	
Jugend geht neue Wege	26
Familien stärken	26
Grün macht Schule	26
Jugend braucht Zukunft	27
Hagener GRÜNE für Kultur in der Stadt:	
Kultur ist nicht alles – aber ohne Kultur ist alles nichts	28



Die GRÜNEN KandidatInnen für den Rat der Stadt Hagen

Listenplatz 1



Joachim Riechel

Listenplatz 2



Hildegund Kingreen

Listenplatz 3



Rüdiger Ludwig

Listenplatz 4



Katrin Gerber

Listenplatz 5



Jürgen Klippert

Listenplatz 6



Hans-Georg Panzer

Listenplatz 7



Rainer Preuß

Listenplatz 8



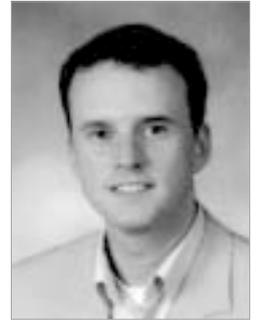
Barbara Thormählen-Riff

Listenplatz 9



Arnd Corts

Listenplatz 10



Sebastian Kayser

Unsere SpitzenkandidatInnen für die Bezirksvertretungen

Mitte



Jürgen Thormählen

Eilpe/Dahl



Rainer Preuß

Hohenlimburg



Ruth Sauerwein

Nord



Hans-Georg Panzer

Haspe



Uwe Goertz

